Nr. 70. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 24. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Vaterlandsloses Gesindel.

Als ein Nachwort zum englischen Maschinenbauerkampf wird uns geschrieben:

Die englischen Maschinenbauer haben das Loos aller Besiegten oder Nichtsiegreichen zu theilen: sie werden für den Mißerfolg verantwortlich gemacht, und je nach der Persönlichkeit des Kritikers mit überlegenen Klugmeier-Phrasen oder verleumderischen Beschimpfungen überhäuft. Für kleinliche Philister, die Großes nicht fassen, und für brutale Feinde, in denen Haß und Selbstsucht alle anderen Gefühle ersticken, ist der Heldenmuth nicht vorhanden, mit hunderttausend Arbeiter sammt ihren Familien sieben Monate lang dem Hunger getrotzt haben, obgleich dies eine größere That ist und mehr Muth und Opferwilligkeit heischte, als wenn diese hunderttausend Arbeiter Soldaten gewesen wären, und den „ruhmvollsten" Kriegs- und Mordfeldzug bestanden hätten.

Das Beschimpfen und Verleumden der englischen Maschinenbauer wird allerdings nur im Auslande besorgt, mir meinen: außerhalb Englands. In England hüten die Herren Kapitalisten sich wohlweislich, ein Triumphgeschrei anzustimmen. Und sie wissen warum. Auch in Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika verhält die Bourgeoispresse sich maßvoll und anständig. Am rohesten und dummsten benimmt sich, wie in der Regel, die deutsche Kapitalistenpresse, die im Dienste der Stumm und Konsorten steht und im Geist und mit dem Geist dieser Sippschaft ihre Frohnarbeit für die gnädigen Herren Geldsäcke verrichtet. Zu diesem „Geist" gehört aber die ganze Riesensumme von Unwissenheit, die unseren Stumm und Konsorten eigen ist, und ohne die sie nicht wären, was sie sind.

Herr v. Stumm hat vermuthlich seinen Freund Siemens nicht gesprochen oder sonst nicht von ihm gehört, seit derselbe im Winter zu dem famosen Familienfeste hier war. Er würde dann von ihm erfahren haben, daß dessen Versuche, die Stumm'schen Rathschläge und das Stumm'sche Aktionsrezept zu befolgen, ihm — dem Reservelieutenant Siemens — seitens seiner englischen Kollegen die schwersten Vorwürfe eingebracht und dazu geführt haben, daß er als enfant terrible von der Leitung des Fabrikanten-Lockouts entfernt worden ist und jetzt mit seinen rückständigen Ideen in England ungefähr eine ähnliche Rolle spielt, wie ein beliebiger König Bell aus Kamerun in Deutschland spielen würde. Die englischen Bourgeois kennen die Macht der Arbeiter besser als die deutschen Schlotjunker mit ihrem Ideenhorizont des Reservelieutenants: sie wissen, daß die Arbeiter ein Machtfaktor sind, mit dem man klug und manierlich umgehen muß. Und sie wissen, daß die Gesellschaft der Maschinenbauer, wenn auch deren Vorstoß zur Eroberung des Achtstundentages für diesmal abgeschlagen ward, in ihrer Kraft und Disziplin ungebrochen dasteht, und daß sie sehr bald in der Lage sein wird, den Kampf wieder aufzunehmen. Da schimpft man nicht im Stile eines Stumm oder Heyl.

Es ist Thatsache: die Organisation der englischen Maschinenbauer ist ungebrochen, und brauchen sie auch, um sich finanziell zu erholen, eine längere Waffenruhe, so hat doch der englische Gewerkschaftsführer sich keiner Uebertreibung schuldig gemacht, der dieser Tage erklärte: „Die englische Gewerkschafts-Organisation im allgemeinen ist heute stärker als vor Beginn des Streiks und Lockouts der Maschinenbauer."

Gewiß ist: käme es zu einem neuen Konflikt, so würde eine gemeinschaftliche Aktion der englischen Trades-Unions nicht lange auf sich warten lassen.

Die englischen Fabrikanten haben aber noch einen anderen Grund, über den Mißerfolg des Maschinenbauer-Vereins nicht zu jubeln. Sie wissen, daß ihr — der Fabrikanten — Sieg nicht mit ehrlichen Waffen erfochten ward. Die letzten Debatten im Unterhaus haben diese für den Patriotismus der Bourgeoisie so charakteristische Episode, die bisher nur wenigen bekannt war, an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen (S. unsere englische Korrespondenz in voriger Nummer), und zu dem unerschöpflichen Thema vom vaterlandslosen Gesindel einen neuen und sehr lehrreichen Beitrag geliefert.

Als vorigen Sommer die Gesellschaft der Maschinenbauer in den Streik für den Achtstundentag eintrat, hatte sie vorher alle Chancen genau berechnet, das Für und Wider sorgfältigst abgewogen. Und die Rechnung hat in allen Punkten aufs beste gestimmt — in allen mit Ausnahme eines einzigen. Und dieser eine war: das „Nationalgefühl", der „Patriotismus" der englischen Maschinenfabrikanten und der englischen Regierung.

Vergegenwärtigen wir uns die Lage in bezug auf diesen entscheidenden Punkt. Seit einigen Jahren fühlt die englische Suprematie zur See sich bedroht; die russische Diplomatie, im Eifer des traurigen Wettkriechens von der deutschen und französischen Politik in jeder Weise bedient und gefördert, bedrängte mehr und mehr den englischen Einfluß in der Türkei, in Indien und namentlich in Ostasien, wo alles sich zu dem unvermeidlichen, nicht mehr lange hinauszuschiebenden Krieg um die Weltherrschaft zwischen England und Rußland zuspitzt.

Die englische Regierung hatte, um für jede Möglichkeit gerüstet zu sein, vor mehreren Jahren schon eine bedeutende Vermehrung der Flotte in Angriff genommen; und im vorigen Sommer war es ein öffentliches Geheimniß, daß eine noch weitere Vergrößerung der Flotte, als der vom Unterhaus beschlossene Flottenplan bestimmt, sich nach Ansicht der Regierung nothwendig machen würde. Eine große Anzahl von Kriegsschiffen war im Bau begriffen, eine größere Anzahl sollte in Bau gegeben werden, und der Bau hatte Eile.

Hierauf rechneten die Maschinenbauer. Sie wußten wohl, daß die Fabrikanten bis zu einem gewissen Punkt durch die Streikklausel gedeckt waren. Allein diese Deckung wurde ihnen dadurch genommen, daß die Gesellschaft der Maschinenbauer den Kampf um den Achtstundentag auf London beschränkte und gegen die für den Schiffsbau in Frage kommenden Firmen keinen Streik erklärte.

Diese Firmen waren es, die ihrerseits den Streik vom Zaun brachen und gegen die bei ihnen arbeitenden Maschinenbauer den Lockout — die Aussperrung — verhängten. Aussperrung und Ausstand — Lockout und Streik sind diametral entgegengesetzte Handlungen — jener eine Angriffshandlung der Unternehmer gegen die Arbeiter, dieser eine Angriffshandlung der Arbeiter gegen die Unternehmer. Und daß mit der Streikklausel, wie schon ihr Name es bezeichnet, nur eine Angriffshandlung gegen die Unternehmer gemeint sein kann, das liegt auf der Hand, das sagt das Wort und das sagt der einfache gesunde Menschenverstand.

Jeder Zweifel wird beseitigt durch den Wortlaut der Streikklausel in den Verträgen zwischen der englischen Admiralität und den Schiffsbaufirmen. In der Kontraktklausel 17, der sogenannten Streikklausel, heißt es ausdrücklich, daß bei Nichteinhalten der Lieferungszeit blos im Falle von „Strikes and Standouts der Arbeiter", durch welche „Strikes and Standouts" die Arbeiten der Firma lahm gelegt werden, die — sehr hohen — Kontraventionalstrafen wegfallen. Der Wortlaut ist ebenso klar als der Sinn. Und da die politische Lage zu äußerster Beschleunigung der Arbeiten für die Flotte drängte, so waren die englischen Maschinenbauer wohl berechtigt, diesen Faktor in ihre Berechnungen zu ziehen. Und hätte das Unternehmerthum auch nur einen Funken von Patriotismus oder Pflichtgefühl, so wie sie beides predigen — und wären die Regierungen Vertreter und Wahrer des von ihnen befürworteten Staatsinteresses, statt simple Geschäfts- und Polizei-Agenturen für das Unternehmerthum, — die englischen Maschinenbauer hätten nach zweimonatlichem Ausharren glänzend gesiegt. Denn die englische Regierung hätte dann auf Beschleunigung der Arbeiten dringen müssen, und für die Herren Unternehmer wäre nichts übrig geblieben, als ihrem kapitalistischen Größenwahn Zügel anzulegen und den Lockout einzustellen.

Die Unternehmer waren aber Unternehmer, das heißt Menschen, die Geld machen wollen, die aufs Vaterland pfeifen, die für Rußland Schiffe bauen so gut wie für England, die den Russen, selbst wenn Krieg mit Rußland ist, Schiffe bauen, gerade so gut, wie sie den indischen Grenzvölkern Waffen gegen die englischen Soldaten liefern. Um die Arbeiter, aus deren Schweiß und Mark sie ihren Reichthum ziehen, zu besserer Ausbeutung besser unterdrücken zu können, begannen sie den Vernichtungskrieg gegen die Arbeiterorganisation, und verriethen die Interessen Englands an den Landesfeind Rußland. Und die englische Regierung? Sie sah ruhig zu.

Oder nein, wie jetzt auf Anfrage eines liberalen Oppositionsmitgliedes im Unterhaus seitens der Admiralität erklärt ward — sie wandte sich an ihre Kronjuristen, und von diesen erhielt sie den Bescheid, im Jahre 1876 sei ein ähnlicher Fall vorgekommen; eine Firma habe infolge eines Lockouts nicht rechtzeitig geliefert, und obgleich die Streikklausel nicht von Lockouts spricht, sondern nur von Streiks und Standouts (wörtlich unser „Ausstand"), habe damals das Gericht entschieden, da der Lockout der Firma die Folge eines Streiks gegen die Firma gewesen sei, und da der Firma keine mala fides — keine Böswilligkeit — nachzuweisen sei, so müsse die Streikklausel in Anwendung kommen.

Allein — und das wurde auch im Unterhause geltend gemacht — der jetzige Fall liegt ganz anders. Der Lockout der in Frage stehenden Firmen ist nicht durch einen Streik „ihrer Arbeiter" hervorgerufen worden — im Gegentheil, „ihre Arbeiter" wollten unter den alten Bedingungen weiter arbeiten, und sie wurden durch den Lockout, dessen einziger Zweck es war, die Gesellschaft der Maschinenbauer „zu zerschmettern" (to smash), gegen ihren Willen an der Arbeit verhindert.

Nun — zu Ende ist die Sache noch nicht. Das Unrecht der Unternehmer und der ihnen Vorschub leistenden Regierung ist so offenbar, und der Einfluß der Arbeiter bei den nächsten Wahlen so groß, daß die Opposition, um Arbeiterstimmen zu angeln, die Angelegenheit nachdrücklich verfolgen wird. Und auch die Regierung kann den Arbeitern nicht ins Gesicht schlagen, ohne sich selbst stark zu schädigen; und so hat sie sich denn vorbehalten, die Streikklausel vielleicht doch noch in Anwendung zu bringen.

Aber was nutzt das? Der Schaden ist geschehen und nicht wieder gut zu machen. Die englische Kriegsmarine hat auf den Privatwerften, deren sie für ihre Arbeiten bedarf, weil die Staatswerften nicht ausreichen, sieben Monate verloren — ein Drittel der voriges Jahr beschlossenen Schiffsbauten ist nicht fertig geworden.

Ein englisches Blatt sucht die Handlungsweise der englischen Regierung damit zu beschönigen, daß sie zwar den betreffenden Firmen nach der Streikklausel Geld hätte abziehen können, daß sie jedoch nicht im stande gewesen wäre, die raschere Förderung der Arbeit zu erzwingen. Dummes Zeug! Ein kräftiges Wort und die Firmen hätten sich geduckt! Und wenn nicht — nun hatte die Regierung nicht das Recht, im Nothfall — und ein solcher war hier vorhanden — die Privatwerften in Staatsverwaltung zu nehmen, und die Regelung der Eigenthumsfrage ꝛc. den Gerichten zu überlassen? Die Arbeiter hätten gejubelt. Und betrübt gewesen wäre blos „das vaterlandslose Gesindel".

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. März.

Aus dem Reichstage. Zwar ist das Schicksal der Flottenvorlage durch die Schwenkung der Mehrheit des Zentrums bereits entschieden, trotzdem erscheint das Interesse an den Verhandlungen im Publikum ein sehr großes zu sein, wenigstens kann man zu diesem Schlusse kommen, wenn man den Andrang des Publikums zu den Tribünen heute sah. Und zwar gilt das für alle Tribünen, für die der Diplomaten sowohl wie auch für die des großen Publikums. Auch die Abgeordneten haben sich zahlreich eingefunden, so daß an der Beschlußfähigkeit kein Zweifel ist. Besonders stark war das Zentrum vertreten, während auf der rechten Seite sich manche Lücke zeigte.

Eröffnet wurden die Verhandlungen durch ein etwas sehr lang gerathenes Referat des Abgeordneten Dr. Lieber, das, entsprechend den Beschlüssen der Kommissionsmehrheit, einen sehr flottenfreundlichen Anstrich hatte.

Nach dem Referenten verlas Graf von Hompesch als Vorsitzender der Zentrumsfraktion eine Erklärung, wonach ein Theil seiner Partei für die Vorlage stimmen werde, weil durch die Regelung der Deckungsfrage die ursprünglichen Bedenken gefallen seien, ein kleinerer Theil des Zentrums bleibe aber auf dem verneinenden Standpunkte stehen und zwar aus etatrechtlichen Gründen.

Herr v. Levetzow erklärte namens seiner konservativen Freunde, für die Vorlage zu stimmen.

Als hierauf unser Genosse Schoenlank das Wort ergriff, schienen sich die Rechte und ein Theil des Zentrums das Wort gegeben zu haben, diesen Redner nicht zu Ende sprechen zu lassen. Schon nach den ersten Sätzen, die allerdings in gepfefferter Weise dem Zentrum seine jetzt beliebte Schaukelpolitik vorhielten, begannen die Ochsengrafen ein Geheul und Gebrüll, wie es im Reichstag nicht so bald gehört worden ist. Das hinderte zwar unseren Redner nicht, den Herren noch eine Anzahl recht derber und treffender Worte an den Kopf zu werfen, aber hunderte können lauter schreien wie einer und so tritt Schoenlank ab, nachdem er in den Grundrissen unseren Standpunkt dargelegt hatte.

Freiherr von Hertling, der bayerische Hofkatholik, übernahm dann die Aufgabe, den widerstrebenden Zentrums-Wählern plausibel zu machen, daß sich für seine Partei „die Situation geändert" habe und daß heute wohl auch der alte Windthorst, wenn er noch lebte, „den Moment ergriffen haben würde". Ob er viel Gläubige finden wird, werden die nächsten Wahlen zeigen. Daß in Süddeutschland die Schwenkung nicht auf die Wähler rechnen kann, bewies die Rede des Herrn Dr. Schädler, der für die Minderheit seiner Partei den ablehnenden Standpunkt vertrat und dabei als „Nichteingeweihter" einige recht spitze Pfeile auf seine Parteifreunde um Lieber und Hertling herum abschoß.

Entschieden lehnten ab die Redner der Volkspartei, Galler, und für die Polen und Welfen Fürst v. Radziwill und Götz von Olenhusen. Ganz seelig im Bewilligen war Rickert, der aber die Entschuldigung für sich hat, daß er von jeher ein Flottenschwärmer war.

Die Debatte soll morgen um 11 Uhr fortgesetzt werden. Von der Opposition werden Bebel und Richter sprechen. —

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte gestern Abend und heute die Berathung des Eisenbahn-Etats fort und erledigte nach belangloser Debatte die Einnahme und einige Titel der Ausgaben. Aus der Abendsitzung ist nur die Erklärung des Ministers Thielen erwähnenswerth, daß die Regierung zum 1. Oktober eine durchschlagende Ermäßigung der Stückguttarife, namentlich auf weite Entfernungen, einzuführen beabsichtige und sich deshalb bereits mit anderen Regierungen in Verbindung gesetzt habe. Heute drehte sich die Debatte in der Hauptsache um die Frage der Gehaltserhöhung verschiedener Beamtenkategorien. Da wir kurz vor den Wahlen stehen, so hielten es etwa 40 Redner für angebracht, einige Reden zum Fenster hinaus zu halten und ihrem Wohlwollen gegen die Unterbeamten Ausdruck zu geben. Nach den Wahlen werden zum theil dieselben Herren das Vorgehen von Beamten, die etwa um eine Gehaltsaufbesserung petitioniren, nicht scharf genug verurtheilen können. Hoffentlich werden sich die Eisenbahnbeamten aber durch schöne Worte nicht blenden lassen.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt. —

„Das katholische Volk wird wild!" Die „Germania" bespricht den bisherigen Verlauf der Berathungen über das Flottengesetz. Sie giebt selbst zu, daß sich, „als anfangs Dezember die erste Lesung der Vorlage stattfand, das Ergebniß nicht voraussehen ließ." Sie giebt weiter sogar zu, es sei nicht zu bestreiten, daß die Lieber'schen Abänderungsvorschläge nicht dem entsprochen hätten, was man in weiten Zentrumskreisen erwartet hatte. „Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß sich vielfach lebhafter Widerspruch erhob." Dann kommt das große Aber der „Germania": Die Aenderungen, die Lieber in den Entwurf hineingebracht habe, seien doch nicht so werthlos und die Abgeordneten, welche für die Vorlage stimmen wollen, seien doch keine leichtfertigen Leute, sondern handelten aus bester Ueberzeugung.

Was es mit dem Werthe der Lieber'schen Abänderungen auf sich hat, haben wir genügend dargelegt und charakterisirt sich aufs beste durch die Thatsache, daß diese Abänderungen den Segen der Konservativen und Nationalliberalen gefunden haben und zum theil unter der Firma Bennigsen-Lieber gehen. Und „aus bester Ueberzeugung"! Wer wollte daran zweifeln? Das ist eben das charakteristische in der Entwicklung der Zentrumspartei, daß ihre „Ueberzeugungen" immer mehr sich den „Ueberzeugungen" der einseitigsten Vertreter der herrschenden Klassen annähern.

Der Artikel der „Germania" hat aber nicht in erster Linie die Absicht, das Verhalten der Mehrheit ihrer Reichstagsfraktion zu beschönigen, sondern soll hauptsächlich den durch das Auseinandergehen in der Flottenfrage drohenden Riß zu verkleistern suchen. In den liebenswürdigsten Formen wendet sich die „Germania" an die der Flottenvorlage gegnerische Minorität der Fraktion und Partei: „Ein Theil des Zentrums bleibt bei seiner ablehnenden Haltung, und auch seine Ueberzeugung muß man ehren." Das Blatt malt dann in schwarzen Farben, welch Unglück es für „das katholische Volk" werden müßte, wenn seine Vertreter sich im Parlamente in mehrere Fraktionen zersplittern würden.

Aus alledem blickt die Furcht hervor, daß der „überzeugungstreue" Uebergang der Fraktionsmehrheit ins Tirpitzlager doch die bösesten Folgen für den „Zentrumsthurm" haben könnte. Um das zu verhüten, bringt es die „Germania" fertig, auch denen „keinen Vorwurf" machen zu wollen, welche gegen das Flottengesetz stimmen wollen, dessen Ablehnung doch nach der „Ueberzeugung" derer, die es bewilligen, eine Gefahr für die ganze vaterländische Entwickelung bedeuten soll. Wenn es dem Zentrum gelingt, solche Gegensätze dauernd unter einen Hut zu bringen, so wäre das allerdings ein ansehnliches Kunststück.

Um dies Kunststück zu vollbringen, läßt die „Germania" ihren Artikel auslaufen in dem Versuch, ihre Anhänger von der Marinevorlage ab- und auf die Fragen hinzulenken, welche bisher der schwarzen Partei die Einheitlichkeit gegeben haben. Unvermittelt schließt sie ihre Ausführungen.

„Das freilich darf man sich auch nicht verhehlen: Im katholischen Volk ist man sehr mißgestimmt, wenn man die Kultusdebatten im preußischen Abgeordnetenhause mit den Diensten vergleicht, die das Zentrum der Regierung im Reichstage leistet. Eine Partei, die es überhaupt allein ermöglicht, daß im Reiche die Maschine im Gang bleibt, darf man nicht länger behandeln, wie es in Preußen geschieht, oder das katholische Volk wird „wild".

Erst verliebt Arm in Arm mit der Regierung, dann mit „wildem" Groll des katholischen Volkes drohend! Ob solche Mätzchen wirklich hinreichen, um den in allen Fugen erschütterten Thurm zu festigen? Allerdings dürfte das katholische Volk „wild" werden. Aber diese „Wildheit" möchte sich in erster Linie gegen die Parteimehrheit wenden, die seine besten Rechte preisgiebt und seine wirthschaftlichen Interessen rücksichtslos vernachlässigt! Ob es den Lieber und Hertling gelingen kann, durch die Mißstimmung wegen Kultusangelegenheiten die „Wildheit" ihrer Wähler wegen der Zustimmung zur Flottenvorlage zu beseitigen oder nur zu mildern, das wird die Zukunft lehren. Wir glauben es nicht. —

Das Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses ist ein Unikum in der parlamentarischen Geschichte; keine der großen ausschlaggebenden Parteien ist in demselben vertreten. Dem Abgeordnetenhause, das 425 Mitglieder zählt, präsidirt der Abg. v. Fuchs, dessen Partei, die katholische Volkspartei, selbst wenn sie einig ist, was zur Zeit der Präsidentenwahl nicht der Fall war, ganze — 31 Mitglieder zählt; die Partei des ersten Vizepräsidenten, der slavische christlich-nationale Verband, zählt 35 Mitglieder und die Partei des zweiten Vizepräsidenten, der Rumänenklub, hat gar blos 5 Mitglieder, so daß drei Parteien mit zusammen 71 Abgeordneten die Vertretung eines Parlamentes bilden, das 425 Deputirte bilden. Zu den vielen Eigenthümlichkeiten des österreichischen Parlamentarismus kommt so eine neue; aber auch sie ist ein Zeichen der Verfahrenheit des öffentlichen Lebens Oesterreichs. Keine der großen Parteien will die Verantwortung für das Chaos im Parlamente übernehmen. —

* * *

Deutsches Reich.

— 83 025 000 Mark fordert Herr Thielen in Vorlagen, die heute dem Abgeordnetenhause zugingen. Diese Summe soll hauptsächlich zum Bau von Nebenbahnen, zur Beschaffung von Betriebsmitteln, zur Deckung der Mehrkosten für den Saarbrückener Rangirbahnhof und zur Förderung von Kleinbahnen verwendet werden. —

— Zu der bekannten „Berichtigung" des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung meinen die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten":

„Die Berichtigung von Druckfehlern in Reichsgesetzen, wie die authentische Auslegung und Deklaration, ist Sache der Gesetzgebung selbst, also der beiden gesetzgebenden Faktoren, die sich darüber einigen müssen, daß in einem bestimmten Falle der amtliche Text im Reichsgesetzblatt von ihrem Willen abweicht. Wenn nun nach sieben Jahren in Ansehung einer Vorschrift des Arbeiterschutzgesetzes von 1891 eine anonyme Berichtigung erscheint und zwar nicht etwa im „Reichsgesetzblatt", sondern im „Reichs-Anzeiger", so ist dies ein Verfahren, das im Interesse der Wahrung des Rechtsstandpunktes und der Verfassung als durchaus unkorrekt zu bezeichnen ist und dem dieserhalb eine rechtliche Bedeutung durchaus fehlt. Es ist ganz gleichgiltig, ob sie von einem hohen Beamten ausgeht oder nicht, da sie nicht einmal von dem Reichskanzler unterzeichnet und nicht im „Reichsgesetzblatt" verkündigt ist, so bindet sie weder die Gerichte noch das Publikum, es liegt einfach eine private Kritik vor, die ebenso viel und ebenso wenig Werth hat, wie die in irgend einem Kommentar zu der Gewerbe-Ordnung ausgesprochene Ansicht. Es könnte zu den allerbedenklichsten Konsequenzen führen, wenn dieses Verfahren Nachahmung fände, auf diese Weise könnte man beispielsweise dahin kommen, daß für manche Delikte eine viel härtere Strafe zur Anwendung gelangte, als dem Willen der Gesetzgebung entspricht. Mag auch die praktische Bedeutung der Berichtigung in dem gegenwärtigen Falle nur relativ gering sein, so kann uns dies doch nicht abhalten, mit aller Entschiedenheit den im Vorstehenden verfochtenen Standpunkt zu vertreten, denn bei allen Verfassungsfragen heißt es: Principiis obsta!" —

— „Zurücknahme der Bäckereiverordnung, keine weitere Beschränkung des gewerblichen Mittelstandes!" so heißt es in einem Reichstagswahl-Aufrufe der verzopften Bäckermeister. Die Handwerksmeister aller Berufe werden aufgefordert, jeden Reichstagskandidaten über seine Stellung zur Bäckereiverordnung zu interpelliren und ihm nur dann ihre Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn er sich verpflichtet, im Sinne der obenerwähnten Wahlparole im Parlamente thätig zu sein.

Uns kann es nur recht sein, wenn auch die Gegner solche Fragen im Wahlkampfe eine Rolle spielen lassen. —

— Zur Militärjustiz. Bei der ersten Lesung der Novelle zur Militär-Strafprozeß-Ordnung hat Abg. Bebel den Fall des Hauptmanns Luthmer vorgebracht, um den Paragraphen des Entwurfs zu Falle zu bringen, durch den aktive Militärpersonen gegen Beleidigungen von seiten dem Militärstande nicht mehr angehörender Personen dadurch geschützt werden sollen, daß derartige angebliche Beleidigungen vor das Militärgericht gebracht werden. Damals vertheidigte der Kriegsminister v. Goßler und der Generalauditeur Ittenbach das kriegsgerichtliche Verfahren gegen den Lieutenant d. Ref. Diehl, durch dessen Schuld die Erblindung des Hauptmanns Luthmer entstanden war, als ein im allgemeinen korrektes und nicht geeignetes, um die Militärjustiz zu kompromittiren. Der erblindete Hauptmann Luthmer nimmt nun in einer öffentlichen Erklärung scharf Stellung gegen die Auslassungen des Kriegsministers und des General-Auditeurs. Er stellt nochmals ausdrücklich die Frage, warum man ihn nicht anklage wegen der in seiner Broschüre „Die Geschichte meiner Erblindung" gegen die militärgerichtliche Untersuchungsführung und das Kriegsgericht erhobenen Beschuldigungen, wofern man diese als unwahr ausgeben wolle. Aus der Erklärung des früheren Hauptmanns scheint auch für uns die Bestätigung der völligen Unhaltbarkeit der jetzigen Militärjustiz und insbesondere die Ungeheuerlichkeit jener Schutzbestimmung für aktive Militärs, welche die Regierung beabsichtigt, deutlich hervor.

Von Interesse erscheint uns ferner die Mittheilung des Herrn Luthmer, daß er nirgends ein Eintreten gegen die ihm widerfahrene Unbill gefunden habe als auf sozialdemokratischer Seite. Derselbe schreibt hierüber ähnlich, wie wir kürzlich bezüglich der Aufdeckung der Mißstände im Dresdener Festungsgefängniß aus dem „Evangelischen Kirchenblatt" zitiren konnten:

„Am 16. März ist im Reichstage eine von mir im Kommissionsverlag der Universitäts-Buchdruckerei von J. Hörning in Heidelberg erschienene Broschüre: „Die Geschichte meiner Erblindung" zur Sprache gebracht worden. Ich habe mehrere Exemplare der dritten Auflage dieser Broschüre am 29. November 1897 an das Präsidium des Reichstages gesandt. An einzelne Abgeordnete habe ich diese Schrift nicht versandt, wohl aber habe ich gleichzeitig dem Kriegsministerium eine Broschüre eingereicht. Es ist recht bezeichnend, daß nur ein Sozialdemokrat, nämlich der Abgeordnete Bebel, meine Veröffentlichung im Reichstage zur Sprache gebracht hat, obwohl dieselbe allen Mitgliedern zugänglich war. Diese That des Herrn Bebel verdient meinerseits eine um so größere Anerkennung, weil demselben bekannt ist, daß ich seine politische Ansicht nicht theile; denn derselbe hat von mir nach dem stenographischen Sitzungsbericht wörtlich gesagt: „Es ist ein Mann, der königstreu ist bis ins innerste Mark der Knochen, wie er immer und immer wieder in seinen Schriften betont." Ich spreche deshalb dem Abgeordneten Bebel für sein Bestreben, für Recht und Gerechtigkeit in meiner Angelegenheit einzutreten, hiermit öffentlich meinen aufrichtigsten Dank aus!" —

— „Subversive Bestrebungen". Die „Post" knüpft an einen Artikel des „Figaro", in dem irgend jemand die 18. März-Feier in Berlin als imposante Kundgebung feierte, die Frage an: „Sollte nicht die treibende Ursache dieses Lobes die Erkenntniß an den subversiven Bestrebungen der Sozialdemokratie gegen den Bestand des Deutschen Reiches sein?"

Daß der „Post" nichts zu dumm und nichts zu gemein ist, weiß man. Aber dies Blatt gerade sollte sich hüten, anderen Leuten „subversive Bestrebungen gegen den Bestand des Deutschen Reiches" zu unterstellen, sintemalen seine Hintermänner es geständig sind, daß sie, wenn sie könnten, gern die Grundrechte des deutschen Volkes, durch die allein der Bestand des Deutschen Reiches möglich ist, umstürzen möchten. Wer im Glashause sitzt . . .

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Die „Schlesische Zeitung" meldet: Gestern Abend 10 Uhr 20 Min. fuhr auf dem Bahnhof Kattern ein von Oberschlesien kommender Güterzug auf einen dort stehenden Lokalzug, welcher drei Minuten später nach Breslau abgehen sollte, nachdem der Güterzug mit unverminderter Geschwindigkeit das Haltesignal durchfahren hatte. Zwei Personenwagen des Lokalzuges wurden vollständig zertrümmert; auch der sonstige Materialschaden ist bedeutend. Zwei Personen des Lokalzuges wurden leicht, der Zugführer des Güterzuges etwas schwerer, drei Bremser leicht verletzt. Der Lokomotivführer des Güterzuges, welcher sich nach dem Unfall entfernte, ist anscheinend ebenso unverletzt wie der Heizer. Beide Gleise sind gesperrt, dürften jedoch heute Mittag wieder fahrbar sein.

Wie amtlich bestätigt wird, sind bei dem Zusammenstoß zweier Züge auf Station Kattern zwei Reisende leicht, der Zugführer des Güterzugs schwer und drei Bremser leicht verletzt worden. Zwei Wagen des Lokalzuges sowie die Maschine und zwölf Wagen des Güterzuges wurden erheblich beschädigt und theilweise zertrümmert. Das Gleis Breslau-Brieg ist seit Mittag wieder in Betrieb. —

— Die Polen werden sich freuen, wenn sie den Aufruf des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, datirt „im März 1898" lesen. Hat denselben doch auch „Fink, Redakteur der „Post", mitunterzeichnet. —

— Herr Reinhold, der Berliner Strafprofessor der Nationalökonomie, will jetzt mit einem dicken Buche den etwas verspäteten Nachweis des Berufs zum Universitätslehrer erbringen. Das Buch, das anfangs April erscheinen soll, ist betitelt „Die bewegenden Kräfte der Volkswirthschaft", es wird 648 Seiten großen Formates stark sein. Nach der Ankündigung des Verlegers dürfte das dicke Buch ebenso konfus und unwissenschaftlich sein, wie alles, was man bisher von dem Strafprofessor gehört hat. —

Kiel, 22. März. (Eig. Ber.) Auch eine Märzfeier. Der Tag der 50jährigen Wiederkehr (24. März) der Erhebung Schleswig-Holsteins gegen die dänische Fremdherrschaft wird von den bürgerlichen Parteien in der Provinz festlich begangen werden. In rührender Uebereinstimmung sehen wir Konservative, Nationalliberale und Freisinnige in den resp. Festkomitees, und in der überschwenglichsten Weise schwelgen die Organe dieser Herren — die Freisinnigen eingeschlossen — in der Herzählung des gegen die Dänenzeit Errungenen, gerade so, als ob die Provinz nicht einen Köller zum Oberpräsidenten hätte und Kiel nicht einen Puttkamer zum Polizeidirektor haben soll. Abgesehen von den einzelnen örtlichen Feiern wird in Kiel selbst eine Landesfeier stattfinden, mit dem üblichen patriotischen Programm; natürlich gehört dazu Festessen und abends Kommers, zur Schaffung der nothwendigen gehobenen Stimmung für die patriotischen Reden. Für diese Landesfeier hat auch der Oberpräsident v. Köller auf ergangene Einladung sein Erscheinen zugesagt. Auch die Arbeiter hat man nicht vergessen. Mit der Unterschrift eines bekannten Konservativen Kiels versehen, sind die Kieler Gewerkschaften gebeten, sich an dem Festzug zu betheiligen; indeß haben dieselben ohne Ausnahme, theils durch Uebergang zur Tagesordnung, theils durch Ablehnung dieses Ansinnens, gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, in einem Zuge mit Herrn v. Köller zu marschiren und an solchen Festen, die zu feiern das Bürgerthum vielleicht Ursache hat, theilzunehmen.

Auf die so wünschenswerthe Staffage durch die Arbeiter hat man also verzichten müssen, dafür jedoch hat man auch aus Arbeitergroschen die Kosten des Festes bestritten.

In fast allen Orten hat die Stadt- bezw. Ortsvertretung aus kommunalen Mitteln Summen von etlichen Hundert bis 10 000 M. (in Kiel) den Festausschüssen zur Verfügung gestellt.

In ihrer ganzen Größe hat sich die Bourgeoisie im Kreise Pinneberg gezeigt. Dort sollte durch freiwillige Sammlung das Geld aufgebracht werden, um die im Kreise vorhandenen auf 200 geschätzten Veteranen zu speisen. Da stellte es sich nun heraus, daß es ca. 700 Personen waren, die berechtigt waren, theilzunehmen. Ein solch' tiefer Griff in den Geldbeutel war den Herren jedoch etwas zuviel und so läßt man denn Bespeisung Bespeisung sein.

So berechtigt auch die damalige Erhebung Schleswig-Holsteins gegen die Dänen war, und so berechtigt die Feier derselben für diejenigen sein mag, die in der heutigen Zeit das, was sie verlangen, gefunden haben, für die Arbeiter liegt keine Ursache vor, an diesem Feste theilzunehmen. Nicht besser und nicht schlechter wie ihre Klassenbrüder im ganzen Reich gestellt, feiern sie ihre Märzfeier auch mit denen zusammen, und, wie die Nachrichten über die Feiern am 18. d. M. aus den verschiedenen Orten der Provinz besagten, so, wie ein klassenbewußter Arbeiter und Sozialdemokrat seine Märzfeier auch begehen soll. —

Dresden, 22. März. (Eig. Ber.) In der zweiten Kammer des Landtages wurde heute die Schlußberathung des Eisenbahn-Etats begonnen. Abg. Niethammer (natl.) lobt die Verwaltung der sächsischen Eisenbahnen, welche auch den Forderungen des Personals gerecht zu werden suche. Ein Normal-Arbeitstag sei aber unmöglich. Abg. Grünberg (Soz.) trat für durchgreifende Reform der Wagenklassen beziehungsweise Wegfall der vierten Klasse ein. Eine Reihe anderer Redner brachten die üblichen Spezialwünsche und Beschwerden zur Sprache. Geheimer Finanzrath v. Kirchbach erklärte namens der Regierung in der üblichen Weise, allen Wünschen solle „nach Möglichkeit" Rechnung getragen werden. Sehr wirksam griff unser Genosse Fräßdorf in die Diskussion ein. An der Hand eines weitschichtigen Materials trat er für die unteren Beamten und Arbeiter ein. Diese seien auch diesmal im Etat wieder am schlechtesten bedacht. Die Staatsbetriebe sollten Musteranstalten nicht nur in bezug auf die Leistungsfähigkeit des Personals, sondern vor allem in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse desselben werden, davon sei man aber weit entfernt. Redner führt nun eine ganze Reihe mit Belegen versehene Thatsachen an, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bahnbediensteten als die denkbar traurigsten erscheinen lassen. Wie ein rother Faden, so führt der Redner ferner aus, ginge durch alle Beschwerden und Wünsche, die ihm übermittelt worden seien, die Klage über die unerhörte Willkür der Bahnhofsinspektoren. Eine Festsetzung der Arbeitszeit giebt es überhaupt nicht, so daß diese Beamten nach Belieben ihre Anordnungen treffen können. Extradienst wird nicht vergütet. Der gewährte vierzehntägige Urlaub stehe nur auf dem Papier. Ein Inspektor suche dem anderen im Sparen über zu sein, um von der Direktion keinen Rüffel zu bekommen. Sechszehnstündige Arbeitszeit komme sehr häufig vor. Die Anfangslöhne der Arbeiter betragen jetzt 1,80 bez. 2,30 M. und steigen nach 26 Jahren auf 3 M. täglich. Die Petition der Eisenbahner verlangt 2,50—3,50 M. Dieser Forderung müsse Rechnung getragen werden. Unser Genosse beantragte am Schlusse seiner Rede: Einführung des achtstündigen Arbeitstages für das Personal vom 1. Januar 1899 ab, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Berücksichtigung aller vorliegenden Petitionen. Der Antrag wurde nur von den 8 Sozialdemokraten, also nicht genügend unterstützt. Ueberaus unzulänglich fiel die Entgegnung des Regierungsvertreters aus. Er konnte auch nicht eine einzige der von Fräßdorf angeführten Thatsachen bestreiten. Die Berathung wurde auf Mittwoch vertagt. —

Aus Baden, 22. März. (Eig. Bericht.) Endlich hat sich die Militärbehörde zu dem Fall Bechtold geäußert, der jüngst von Bebel und auch von dem Zentrums-Abgeordneten Lender im Reichstag zur Sprache gebracht worden ist. Das Gouvernementsgericht von Straßburg hat eine „Berichtigung" veröffentlicht, worin die vom „Volksfreund" an die Oeffentlichkeit gebrachten Thatsachen als „zum theil unrichtig und übertrieben" bezeichnet werden. Das kaiserliche Gouvernementsgericht behauptet nun lediglich, daß bei der Sektion der Leiche eine Strangulationsmarke um den Hals konstatirt worden sei, daß Symptome des Erstickungstodes vorhanden waren, und daß die Wunde an der rechten Wange nicht von einem Hiebe, sondern von dem Eindruck eines eisernen Staketenzaunes, an dem der Rekrut aufgehängt gefunden wurde, herrühre. Diese letztere Erklärungsart hatte der „Volksfreund" schon vor acht Tagen mitgetheilt, eine „Berichtigung" war also da ganz überflüssig. Gegenüber der ersteren Erklärung betreffs der Strangulationsmarke sagt der Leichenschauer Eder in Stollhofen, der auch bei der Sezirung anwesend war, daß von einer Strangulationsmarke um den Hals keine Rede sein könne. Nur hinten am Hals von einer Schlagader bis zur anderen sei eine Marke sichtbar gewesen, vorn um den Hals und am Kehlkopf habe man keine Spur von Strangulation entdecken können. Das ist die „Berichtigung" des kaiserlichen Gouvernementsgerichts. Ueber die Thatsache, daß Bechthold Halbidiot und absolut militäruntauglich war, sagt die Berichtigung kein Wort.

Nur soviel wird noch gesagt, daß die bisherige Untersuchung, die allerdings weitergeführt werde, nicht ergeben habe, daß Bechtold mißhandelt worden sei. Der „Volksfreund" erklärt heute, daß für ihn der Fall Bechtold nicht abgeschlossen sei. Unser Partei-Organ hat allem Anschein nach sehr viel Material zur Verfügung, mit dem es erst herausrücken will, wenn die versprochene Erklärung des Kriegsministers nicht über die Allgemeinheiten der Berichtigung des Straßburger Gouvernementsgerichtes hinausgehen sollte. —

Aus Hessen, 22. März. (Eig. Ber.) Landtag. Die Verhandlungen der Zweiten Kammer boten in den letzten Tagen einiges Bemerkenswerthes. Zum Kapitel Förderung des Arbeitsnachweises lag ein Antrag des Abg. Köhler-Darmstadt (natl.) vor, den zu diesem Zweck angesetzten Posten von 2000 auf 6000 M. zu erhöhen. Er wurde unsererseits warm befürwortet durch die Abgeordneten Haas, Kramer und Ulrich, die den weiteren Ausbau der kommunalen Arbeitsämter und deren einheitliche Organisation befürworteten. Die Oberleitung sei der von uns beantragten Zentralstelle für Arbeitswesen anzuvertrauen. — Die Berathungen des Finanz- und Steuerwesens gaben den Abgeordneten David und Ulrich Gelegenheit, die elenden Lohn- und Anstellungsverhältnisse der Steueraufseher und der Steuerkommissariatsgehilfen vor die Oeffentlichkeit zu bringen und Anträge auf angemessene Aufbesserung zu stellen. Bei den 31 ersten Gehilfen auf den hessischen Steuerkommissariaten, die durchgehends ältere verheirathete Leute sind und in hohem Dienstalter stehen, betrug das durchschnittliche Gehalt 1020 M. Diese Leute gelten, so weit sie auf staatlichen Bureaus mit staatlichen Dienstfunktionen betraut sind, als „Privatgehilfen" der Steuerkommissäre; diese letzteren beziehen neben ihrem Gehalt bedeutende Gebühreneinnahmen, aus denen sie ihre Gehilfen besolden sollen. Natürlich bedienen sie sich dabei der üblichen Mittel der Lehrlingsausbeutung und der Lohndrückerei, um einen erklecklichen Ueberschuß in die eigene Tasche zu befördern. Abg. David charakterisirte dieses Verhältniß treffend als ein staatlich konzessionirtes Zwischenmeister-System, bei dem die Gehilfen die Zeche zu bezahlen haben. Zu verlangen sei die alsbaldige Beseitigung desselben durch Uebernahme auch dieser „Privatgehilfen" in den direkten Staatsdienst. Die Budgetberathung ist bis zur Erledigung des Ausgabetheils fortgeschritten. Die Verhandlungen über den Einnahmetheil dürften noch nächste Woche in Anspruch nehmen. Infolge der ausgedehnten Berathung hat die Regierung eine weitere Verlängerung des alten Budgets um zwei Monate beantragt, so daß das neue Budget um 14 Monate verspätet in Wirksamkeit treten wird.

Aus Elsaß-Lothringen, 22. März. (Eig. Ber.) Auch bei uns, im Lande der Diktatur, wurde das Andenken an die großen Ereignisse vor 50 Jahren, soweit es die ausnahmegesetzlichen Zustände des Landes zulassen, würdig gefeiert. In Mülhausen hielt in einer überaus gut besuchten Versammlung des Arbeiter-Wahlvereins Genosse Rudolf Konrath aus Basel die Festrede. Gleichzeitig wurde, wie unser Partei-Organ berichtet, der Tag in der Dreikönigshalle von den verschiedenen Gewerkschaften festlich begangen. — In Straßburg fand eine vom Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, zu welcher mehrere hundert Personen, soweit sie der örtlichen Parteileitung als Genossen bekannt sind, mittels Privatbriefes eingeladen waren. Obwohl der Veranstaltung dadurch der Charakter einer réunion privée im Sinne der geltenden versammlungsrechtlichen Bestimmungen verliehen und die polizeiliche Ueberwachung infolge dessen ausgeschlossen war, bestand der erschienene Vertreter der Polizeibehörde darauf, im Saale anwesend zu sein. Der Protest hiergegen blieb ohne Wirkung. Nach einem Referat Böhle's über die Bedeutung des 18. März wurde ein Telegramm an den Abgeordneten der Hauptstadt des Landes der Diktatur im Reichstage, Genossen Bebel, abgesandt, in welchem man ihn zu seinem muthigen und kraftvollen Auftreten in der denkwürdigen Reichstags-Sitzung vom 18. März beglückwünschte. —

Straßburg i. Els., 22. März. Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen überwies in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf für die Kapitalrentensteuer nach eingehender Begründung durch den Unterstaatssekretär v. Schraut und nach ausführlicher Debatte an eine Kommission von 18 Mitgliedern. —

Oesterreich.

Wien, 23. März. Der „Neuen Freien Presse" wird gemeldet: In der katholischen Volkspartei sind vorläufig die Differenzen beigelegt. Die Partei bleibt bis auf weiteres in der Majorität. Zur Entscheidung dürfte die Krise in dieser Partei erst kommen, sobald der heute eingebrachte Antrag des Barons Dipauli auf Einsetzung eines Ausschusses, welcher innerhalb zweier Monate grundsätzliche Bestimmungen zur Regelung der Sprachenfrage behufs Aufhebung der Sprachenverordnung vorlegen soll, zur Verhandlung gelangt. Baron Dipauli weigert sich jedoch, trotz Beilegung der Differenzen, seine Stellung als Obmann der katholischen Volkspartei wieder einzunehmen.

Wien, 23. März. Abgeordnetenhaus. Baron Dipauli (katholische Volkspartei) bringt einen dringenden Antrag ein betreffend Einsetzung eines Ausschusses von 36 Mitgliedern zur Berathung der Frage der Aufhebung der Sprachenverordnungen und zur Feststellung grundsätzlicher Bestimmungen für Regelung der Sprachenfrage auf dem Wege der Gesetzgebung. Das Haus geht sodann zur Tagesordnung über, auf welcher die Wahl der beiden Vizepräsidenten steht. Der Südslave Ferjancic wird mit 177 von 201 abgegebenen Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Ferjancic nimmt die Wahl dankend an, worauf das Haus zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten schreitet.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Abg. Lupul (Rumäne) gewählt. Darauf begann die Debatte über die das Regierungsprogramm enthaltende Antrittserklärung des Ministerpräsidenten Grafen Thun. Es sind 26 Redner vorgemerkt. Als erster Redner ergreift der Abg. Türk (Schönerer-Partei) das Wort.

Wien, 23. März. Im Abgeordnetenhause haben die Abgg. Berks und Genossen eine Interpellation eingebracht in betreff der Rückberufung des vor Kreta befindlichen österreichisch-ungarischen Geschwaders sowie des Infanterie-Bataillons, nachdem infolge des Friedensschlusses zwischen der Türkei und Griechenland die ehrenvolle Aufgabe der österreichischen Wehrmacht als gelöst erscheine. — Die Abgg. Hofmann und Genossen haben eine analoge Interpellation eingebracht.

Abgg. Mayreder und Genossen haben eine Interpellation eingebracht wegen der Vorgänge in Wilkesbarre (Pennsylvanien), bei welchen 32 österreichische Grubenarbeiter getödtet und 50 verwundet wurden. —

Frankreich.

Paris, 21. März. (Eig. Ber.) Viel Aufsehen erregt hier ein Erkenntniß des Zuchtpolizeigerichts von Chateau-Thierry. Die Mutter eines unehelichen Kindes, welche obendrein ihre alte Mutter

zu ernähren hatte, war durch die äußerste Noth — nach 36 Stunden vollständigen Hungers — dazu gebracht, in einem Bäckerladen ein Brot zu entwenden. Das Gericht hat sie nicht nur freigesprochen, sondern auch dem Urtheil u. a. die Erwägungen voraufgeschickt, daß es bedauernswerth ist, daß in einer gut organisirten Gesellschaft ein Mitglied derselben insbesondere eine Familienmutter ohne eigenes Verschulden Brotmangel leiden könnte; daß der Richter angesichts einer ähnlichen Situation, falls diese, wie im vorliegenden Falle zweifellos festgestellt ist, die unbeugsamen Vorschriften des Gesetzes menschenfreundlich auslegen darf und muß; daß das Elend und der Hunger geeignet sind, jedem menschlichen Wesen einen Theil seines freien Willens zu nehmen . . ." Darob nun ist eine lebhafte Preßpolemik entbrannt. Die hartgesottensten Bourgeoisorgane, namentlich das „Journal des Débats" und die „République Française", das Leibblatt des Brotvertheurers Meline, schreien Zeter Mordio über das Attentat auf die „Grundlagen der Gesellschaft". Andererseits tritt selbst der „Temps", ein kapitalistisches Blatt, welches mitunter klug berechnete menschenfreundliche Anwandlungen hat, für das Urtheil ein. Uebrigens ist die Aberkennung der „verbrecherischen Absicht" bei einer unter dem Druck eines unwiderstehlichen Affekts begangenen Handlung ausdrücklich im Strafgesetz enthalten. Die durchgängige Freisprechung des Liebhaber- und Gattinnenmordes auf frischer That stützt sich auf jene strafgesetzliche Bestimmung. Noch mehr. Die bourgeoisen Amtsgerichte dürfen unbehelligt die feinen Dämchen freisprechen, die in den großen Kaufläden theuere und leicht zu verbergende Waaren stehlen. Die Diebin, heißt es dann, leide an „Kleptomanie" (Diebssucht). Aber die Freisprechung eines vulgären Brotdiebstahls seitens einer armen, mit Mutter und Kind verhungernden Frau — das ist eine freudige Ueberraschung für die einen und ein unerhörter Skandal für die anderen. Und die anderen, die herzlosen Eigenthumsfanatiker, so vereinzelt ihre Stimmen in der Presse geblieben sind, haben die Oberhand gewonnen. Der Generalanwalt hat gegen das Urtheil Berufung eingelegt.

Die Wahl eines radikalen Senators im Tarn-Departements erscheint als eine günstige Vorbedeutung für die Kammerwahlen im Königreich der Reséguier, der Barone Reille und der Polizeiwillkür. Die bisherigen zwei Senatoren des Departements sind Bourgeoisrepublikaner. Der neue Senatorensitz ist infolge des Todes eines „unabsetzbaren" Senators durch das Loos dem Departement Tarn zugewiesen worden. Der gewählte Kandidat, Savary, verdankt den Sieg der Unterstützung der Sozialisten. Der Wahlkampf wurde von allen Parteien als eine Generalprobe der Kammerwahlen geführt. Die opportunistischen und klerikalen Kandidaten bekämpften Savary auch als Schützling der Sozialisten und deuteten namentlich gegen ihn die Haltung des Genossen Jaurès in der Zola-Dreyfus-Affäre aus. Letzteren Trumpf spielen die Ordnungsparteiler seit Wochen in der schmählichsten Weise gegen Jaurès' Kandidatur in Carmaux aus.

Das Ergebniß der gestrigen Senatswahl im ganzen Departement ist jedoch natürlich noch keine absolut sichere Gewähr für den Ausfall der Kammerwahlen in diesem oder jenem einzelnen Deputirten-Wahlkreis. Es ist namentlich zu berücksichtigen, daß die Opportunisten und Klerikalen diesmal bis zuletzt getrennt marschirten. —

Belgien.

— Der Abbé Daens hatte, wie bereits mitgetheilt, gegen das ihm vom Genter Bischof auferlegte Gebot, politische Mandate nicht mehr anzunehmen, beim Papst Beschwerde eingelegt. Der „heilige Vater" hat die Beschwerde verworfen. Es bleibt also dabei, der Priester, der für die Armen eingetreten, muß von der politischen Schaubühne zurücktreten, die für die klerikale Regierung eintretenden dürfen weiter Politik treiben. Unsere belgischen Parteigenossen werden es dem hl. Vater Dank wissen, daß er so offen sich als Papst der Reichen giebt.

England.

London, 22. März. Heute Abend fand das Jahresbankett der Handelskammer statt; unter den Theilnehmern bemerkte man den chinesischen, belgischen, portugiesischen und siamesischen Gesandten. Handelsminister Ritchie hielt eine Rede, in welcher er ausführte, die Politik Englands sei nicht aggressiv; sie trachte nur, die Interessen und Rechte des englischen Handels zu schützen. Die deutsche Konkurrenz sei noch nicht die nachtheiligste von allen; denn man müsse in betracht ziehen, daß diejenige der Vereinigten Staaten dazu bestimmt sei, die furchtbarste zu werden. In betreff der Verhältnisse in Westafrika sagte Ritchie, man dürfe weder Lagos noch die Goldküste umzingeln lassen. Die Regierung werde darüber wachen, daß niemand die Rechte Englands verletze. Der chinesische Gesandte hielt ebenfalls eine Rede, in welcher er sagte, das Band, welches China und England eine, sei der Austausch der Erzeugnisse. Der Handel sei der Zweck der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und China erkenne an, daß es großen Vortheil aus seinen Beziehungen zu England gezogen habe. Wenn in der gegenwärtigen Zeit, wo gewisse Mächte Einflußsphären sich zu schaffen suchen, eine Macht das Recht habe, eine solche Sphäre zu fordern, so sei es doch die, welche den größten Handel der Welt habe. Der Gesandte drückt die Hoffnung aus, daß es keine künstliche Sphäre geben werde, sondern Sphären, welche der Bedeutung des Handels entsprechen. —

Italien.

Rom, 23. März. Deputirtenkammer. Das Haus und Gallerien sind weniger stark besetzt als gestern. Die Berathung des Berichts der für die Crispi-Angelegenheit eingesetzten Kommission wird fortgesetzt. Franchetti (Zentrum) befürwortet eine Tagesordnung, nach welcher die Akten der Angelegenheit den ordentlichen Gerichten überwiesen werden sollen. Rovasenda beantragt die Verweisung vor den Staatsgerichtshof. —

Afrika.

— Sudanfeldzug. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Kairo vom 23. März: Gestern Nachmittag fand ein Zusammenstoß zwischen einer egyptischen Kavallerie-Patrouille und einer Abtheilung berittener Derwische 11 Meilen von der Mündung des Atbara statt. Nach heftigem Widerstande wurden die Derwische zurückgeschlagen. Die egyptischen Truppen hatten 7 Todte und 8 Verwundete, darunter 2 tödlich Verletzte. 800 berittene Derwische erschienen heute Morgen einige Meilen von dem Lager bei Ras Hudi. —

Asien.

Shanghai, 22. März. Nach einem Telegramm aus Tschungking haben sich dort Milizsoldaten in großer Anzahl zusammengerottet und wollen nicht zugeben, daß das Todesurtheil an dem Mörder des bei dem Angriff auf die wissenschaftliche Mission amerikanischer Aerzte am 17. d. M. getödteten eingeborenen Gehilfen dieser Mission vollstreckt werde. Die fremden Konsuln haben, wie das Telegramm weiter meldet, den Taotai aufgefordert, die Soldaten auseinander zu treiben, den Mörder hinrichten zu lassen und die Rädelsführer der Meuterer zu verhaften; ferner soll für den Angriff auf die Mission eine Entschädigung von 500 Taels gezahlt und die Mission beschützt werden. —

Amerika.

— Zum spanisch-nordamerikanischen Streit meldet heute unter dem Datum New-York, 21. März, die „Int. Corr.": Für die beiden von Brasilien angekauften Kreuzer „Amazonas" und „Almirante Aoreu" zahlt die nordamerikanische Regierung 12 Mill. Mark. Die vorläufige Besatzung dieser Schiffe stellte der bisher vor Lissabon liegende Kreuzer „San Francisco"; die vollzählige Mannschaft wird auf Schnelldampfern nach Newcastle gebracht, worauf die drei Kreuzer als Beobachtungsgeschwader in der Nähe der spanischen Küste bleiben werden.

Zum Dienst auf der Flotte und im Landheere sind bisher 600 Aerzte verpflichtet, ebenso werden fortgesetzt Ingenieure und Maschinisten geprüft und angestellt.

Mehrere zum Zuckertrust gehörende Großkapitalisten haben thatsächlich (? Red.) Mac Kinley erklärt, sie seien bereit, Kuba für 200 Millionen Dollars in der Weise anzukaufen, daß Spanien die Oberhoheit über die Insel behalten und eine mäßige Besatzung dort belassen könnte. Die zu bildende Gesellschaft würde nur die Verwaltung führen und Spanien einen zu vereinbarenden Theil der Ueberschüsse als Jahrestribut überweisen.

Eine Depesche des „Reuter'schen Bureaus" aus Washington meldet, der dortige spanische Gesandte Bernabe stellte in Abrede, über den Inhalt des Berichtes betreffend den „Maine"-Unfall nach Madrid telegraphirt zu haben, und erkläre, er habe keine Kenntniß von dem Inhalte des Berichtes. —

Reichstag.

68. Sitzung. Dienstag, 23. März 1898, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Tirpitz, v. Bülow.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Gesetzes über die deutsche Flotte. Nach den Kommissionsbeschlüssen lautet § 1:

1. Der Schiffsbestand der deutschen Flotte wird, abgesehen von Torpedo-Fahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten, festgesetzt auf:

a) verwendungsbereit:
1 Flotten-Flaggschiff,
2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen,
2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen,
6 große Kreuzer } als Aufklärungsschiffe der
16 kleine Kreuzer } heimischen Schlachtflotte,
3 große Kreuzer } für den Auslandsdienst;
10 kleine Kreuzer }

b) als Material-Reserve:
2 Linienschiffe,
3 große Kreuzer,
4 kleine Kreuzer.

2. Von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen kommen auf diesen Sollbestand in Anrechnung
als Linienschiffe 12
als Küstenpanzerschiffe . . . 8
als große Kreuzer 10
als kleine Kreuzer 23

3. Die Bereitstellung der Mittel für die zur Erreichung des Sollbestandes (Ziffer 1) erforderlichen Neubauten unterliegt der jährlichen Feststellung durch den Reichshaushalts-Etat mit der Maßgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes, soweit die in § 8 dafür angegebenen Mittel ausreichen, bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1903 durchgeführt werden kann. (NB. Die gesperrt gedruckten Worte sind Zusätze resp. Aenderungen der Kommission.)

Abg. Dr. **Lieber** (Z.) erstattet Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Man muß sich zielbewußt auf das Nothwendige und Unabweisbare beschränken. Deutschland hat jährlich einen Zuwachs von 600 000 Seelen; dieser muß nun durch die Industrie unterhalten werden. Zu diesem Zweck muß vor allem für die Möglichkeit des unbeschränkten Exports Sorge getragen werden, oder, seemännisch gesprochen, es müssen unsere Küsten vor einer eventuellen Blockade geschützt werden. (Heiterkeit links. Redner, etwas irritirt). Ich weiß nicht, warum sich die Herren über mein „seemännisch gesprochen" aufhalten; es wird mir doch wohl gestattet sein, bei Berathung einer Flottenvorlage seemännisch zu sprechen. (Heiterkeit.) Redner verweist darauf, daß schon bei Berathung der Verfassung zum Norddeutschen Bunde bezüglich der Marine eine ausdrückliche Ausnahme von der jährlichen Bewilligung der Forderungen im Artikel 71 der Verfassung vorgesehen wurde. Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet einen zielbewußten Abschluß. Was die Frage der gesetzlichen Regelung anlangt, so ist vor allem zu bemerken: im Heere ist stets das Aeternat widerspruchslos zugestanden worden; bei der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke handelte es sich stets nur um einen terminus a quo (von wann ab), nie um einen terminus ad quem (bis zu welchem Zeitpunkte). Es giebt auch noch eine ganze Reihe anderer Aeternatsbestimmungen; man denke nur an die Alters- und Invaliditätsversicherung. Was unserer sozialen Gesetzgebung recht ist, muß unserer Flotte billig sein. (Hört! hört! links; Bravo rechts.) Nun handelt es sich hier freilich um die Frage: Was thun, wenn die dem Reiche zufließenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen? Der Voranschlag zeigt aber, daß für die nächsten 6 Jahre, und die kommen doch allein in betracht, die Ueberschüsse die Mehrausgaben vollständig decken. Somit ist diese Frage für die Vorlage so gut wie abgethan, falls nicht ganz Außergewöhnliches eintreten sollte. Trotzdem hat sich die Kommission, um der Beunruhigung weiter Volkskreise vorzubeugen, entschlossen, auch für den schlimmsten Fall Vorsorge zu treffen. Sie hat daher bestimmt, daß der Mehrbetrag keinesfalls durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastende Reichssteuern gedeckt werden darf. Meine Herren, ich bin mit meiner allgemeinen Uebersicht fertig. Ich bitte Sie nunmehr, vorläufig die einzelnen Absätze des § 1 einzeln zu berathen und empfehle Ihnen die unveränderte Annahme der Kommissionsbeschlüsse. (Bravo im Zentrum.)

Es wird nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte in die Berathung über den ganzen § 1 eingetreten, doch sollen allgemeine Bemerkungen über die ganze Vorlage gestattet sein.

Abg. Graf **Hompesch** (Z.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß nur eine Minderheit derselben an den von vorne herein gehegten etatsrechtlichen Bedenken festhält. Die Mehrheit dagegen ist entschlossen, um nicht das Zustandekommen der Vorlage zu gefährden, für dieselbe im Sinne der Kommissionsbeschlüsse zu stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. **Levetzow** (k.): Ich erkläre namens meiner politischen Freunde, daß wir für das Gesetz stimmen werden. Zwar kommt die Flotte in erster Linie nicht der Landwirthschaft zu gute. Aber patriotische Landwirthe sind zu einem Opfer gern bereit. (Große Heiterkeit; Zurufe: Ja wohl! Zölle!) Noch ein Wort: Wir lassen uns den § 8 gefallen, der bezüglich der Deckungsfrage Bestimmtes verfügt. Aber wir erklären ausdrücklich, daß wir ein demselben zu grunde liegendes Prinzip nicht anerkennen können. Wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, daß aus ihm nachher irgend eine Konsequenz für andere Fälle hergeleitet wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Schoenlank** (Soz.): Wenn wir heute über die Flottenvorlage verhandeln, so geschieht das nicht mehr, deren Schicksal zu bestimmen. Heute halten vielmehr sämmtliche Parteien nur einen Epilog zu einer bereits getroffenen Entscheidung. Was mir vor allem wichtig erscheint, ist, daß der Referent fast ausschließlich Beifall aus den Reihen derjenigen erhalten hat, die bisher seine Partei am lautesten angegriffen, aus den Reihen der Nationalliberalen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie hat der Herr Referent es aber auch verstanden, seine früheren Gegner zu entwaffnen. Er hat es bedauert, daß nicht schon früher festgestellt ist, daß die Regierung ein unantastbares Recht in bezug auf die Bindung hat. Er hat ferner ausgerufen: Jetzt endlich sind wir in die Aera der Klarheit des Abschlusses gelangt! Meine Herren, ich glaube, wir haben jetzt nicht die Aera des Abschlusses, sondern die Aera des Anfangs, bei dem das dicke Ende nachkommt! (Sehr richtig! links.) Hinter den Vorschlägen der Regierung lauern noch ganz andere Pläne; daß sieht jeder klar, der sich nur die Staffeleien da draußen in der Wandelhalle angesehen hat. (Sehr richtig! links. Zurufe rechts.)

Herr Lieber hat die ganze traditionelle Politik des Zentrums desavouirt (Sehr richtig! links.), die der bedeutendste Kopf der Zentrumspartei, Windthorst, für sie aufgestellt hat, er hat die ganze Politik auf den Kopf gestellt, die seine Partei auch bisher stets befolgt hat. Derselbe Herr Lieber, der im vorigen Jahre hier auf der Tribüne des Hauses die Rede von den blamirten Europäern gehalten hat, treibt heute genau dieselbe Politik, die er im Vorjahre bedauert hat. Er findet die Vorschläge der Regierung ganz akzeptabel, ja er präsentirt ihr auf einem Präsentirteller noch viel mehr, als sie verlangt hat. (Sehr richtig! links.) Im Jahre 1886, als es sich auch um eine Bindung handelte, hat Windthorst erklärt, daß er mit letzter Kraft das Palladium der Verfassung beschützen würde. Er sagte damals: Wird das Zentrum nachgeben, dann hört das Budgetrecht des Reichstages auf, ja, dann giebt es schließlich überhaupt keine Verfassung mehr in Deutschland. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch noch in den letzten Jahren haben Zentrumsführer, z. B. Bachem, oft genau dasselbe gesagt. Und jetzt ist mit einem Schlage die Situation verändert! Jetzt sind die Parteigenossen des Herrn Lieber gezwungen, gegen ihren Führer zu kämpfen. Gerade die süddeutsche Zentrumspresse ist es, die ihn am heftigsten angreift. Herr Lieber wird an den Pranger gestellt von den temperamentvollen süddeutschen Parteifreunden (Sehr gut! links; Unruhe im Zentrum). Herr Lieber hat heute erklärt: die Eingeweihten bei uns haben schon seit Jahren diese nothwendige Entwickelung der Dinge, die Aera des Abschlusses und der Klarheit kommen sehen. Und dieser „eingeweihte" Herr Lieber hat vor einem Jahre die Flottenpolitik in Grund und Boden gedonnert! Hat er etwa mit einem stillen Augurenlächeln die Warnungsrede vom blamirten Europäer gehalten? (Heiterkeit. Widerspruch im Zentrum.) Oder gehörte Herr Lieber damals garnicht zu den „Eingeweihten"? Nun, dann müßte man wohl an der Größe seines politischen Geistes mit recht zweifeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun gleichviel; wenn die Zentrumsmehrheit für die Flottenvorlage sich einsetzt, so stehen wir vor einer vollendeten Thatsache und hoffen nicht, sie umzustimmen. Wenn wir aber erst die Wirkungen des Flottengesetzes haben werden, dann allerdings könnte es leicht geschehen, daß das Zentrum sich nachträglich fragt: Cui bono? Weshalb haben wir eigentlich der Regierung all' das geschenkt? Was hat uns bestimmt, pour travailler pour le roi de Prusse? (Große Heiterkeit und Unruhe. Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Mußpreuße!)

Als die Flottenvorlage auftauchte, da paradirte man vor uns mit ihren kriegerischen Aufgaben; da hieß es, das nationale Ansehen verlange Genugthuung für die beleidigte Ehre u. s. f.; der „Kriegszug" des Prinzen Heinrich sollte eine nationale Ruhmesthat werden. Jetzt hört man weniger von den kriegerischen Bestimmungen unserer Flotte. Und die Reise des Prinzen Heinrich scheint wohl von Anfang an von uns richtig taxirt worden zu sein, als eine bloße Marinepromenade; sie erwies sich sogar als eine Marinepromenade mit Hindernissen. (Große Heiterkeit.) Prinz Heinrich ist nicht, wie erwartet wurde, von Sieg zu Sieg geeilt, sondern von Havarie zu Havarie. (Sehr gut! links. Große Heiterkeit. Aufgeregte Rufe rechts.) Zuerst hat sich „Deutschland" im Nordostsee-Kanal ein Loch in den Bauch gestoßen, dann mußte es durch das Mittelmeer geschleppt werden, im Suez-Kanal lief es sich eine Welle heiß; jetzt endlich hat sich „Deutschland" in zwei Monaten bis Hongkong hingeschlängelt, und dort ist gleich das erste, daß es sofort in Reparatur genommen werden muß. (Rufe rechts: Deswegen müssen wir eben bessere Schiffe haben!) Auch hat Prinz Heinrich noch nicht mit gepanzerter Faust dareingeschlagen, sondern hat es einstweilen vorgeschlagen, sich beim Radwettfahren in Ceylon Lorbeeren zu erringen. (Große Heiterkeit, die zu allgemeiner Unruhe auswächst. Glocke des Präsidenten.) Ja, meine Herren, daß Sie die Reise des Prinzen Heinrich humoristisch auffassen, das verstehe ich sehr gut. (Erneute große Heiterkeit, lang andauernde Unruhe.)

Wenn Sie nun immer wieder mit den alten Scheinargumenten für die Vermehrung der Flotte kommen, so sind Sie freilich so wenig zu unserer Ansicht zu bekehren, wie wir zu der Ihrigen. (Die Papiere des Redners sind ihm in seiner Erregung entglitten; Graf Posadowsky hebt sie auf und überreicht sie ihm; dieser Vorfall ruft auf der rechten Seite Heiterkeit hervor.) die auch bei den folgenden Worten des Redners anhält.) Wenn Sie gute Gründe hören und dabei lachen, so beweisen Sie damit nur Ihre Verlegenheit. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Glauben Sie nicht, daß unsere Ausstellungen an der Flottenvorlage dadurch beseitigt sind, daß eine kompakte Majorität für sie eingetreten ist. (Beifall links.) Das eine muß konstatirt werden: die Zentrumsmehrheit machte Ihnen möglich, ein Gesetz durchzubringen, daß die schwersten Belastungen für die Steuerzahler im Gefolge hat! (Bravo! links; Unruhe im Zentrum.) Und dann noch eins: Sie sehen, wie jetzt die Austheilung China's vor sich geht. Denken Sie daran, welche Folgen die Austheilung Polens für die betheiligten Mächte gehabt hat. Und diese würden sich zu den jetzigen verhalten wie ein Binnensee zum Ocean. (Oho!) Die geschichtliche Erfahrung wird uns recht geben, Ihr Oho-Schreien thut gar nichts. (Beifall links.)

Der § 1, der Kernpunkt der ganzen Vorlage, wird selbstverständlich von uns abgelehnt werden; es ist aber sehr nützlich, daß die namentliche Abstimmung erweisen wird, wem das Gesetz zu verdanken ist. Die Abrechnung über diesen § 1 wird nicht hier, sondern draußen im Lande bei den Wahlen erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. **Hertling** (Z.): Die Angriffe des Vorredners gegen meine Partei stellen das Signal zum Kampfe gegen das Zentrum dar. Er hat beständig Windthorst gegen uns zitirt, nun Windthorst war sicherlich ein Mann, der den Moment zu erfassen wußte (Sehr richtig! im Zentrum.), der den Erfordernissen des Augenblicks Rechnung zu tragen verstand. Dieser Meinung ist das Zentrum auch heute; es hat sich also nicht geändert. Wenn wir nach langen und eingehenden Berathungen uns entschlossen haben, für die Vorlage zu stimmen, so bedeutet das nicht eine grundsätzliche Aenderung der Zentrumspolitik, sondern drückt nur aus, daß wir veränderten Verhältnissen Rechnung tragen müssen. Ist nicht die Stellung des Zentrums im Reichstage in den letzten Jahren eine ganz andere geworden? Die „staatsmännische Kunst", die dem wiedergeborenen Reiche als Morgengabe den Kulturkampf bescheerte, rief das Zentrum als Partei der Abwehr auf den Plan. Wohl sind wir nicht der Meinung, daß jetzt bereits alle unsere Forderungen erfüllt sind, viel muß noch für uns gethan werden (Sehr richtig! im Zentrum) — aber wir können doch konstatiren, daß der alte kulturkämpferische Geist Gott sei Dank an den maßgebenden Stellen nicht mehr vorhanden ist. Damit ist auch die Stellung meiner Partei eine andere geworden. Die großen Parteien, die im Reichstage früher unumschränkt herrschten, sind abgelöst worden, und das Zentrum hat, wenn es sich um große nationale Fragen handelt, die ausschlaggebende Stellung. Da es so gekommen ist, sind wir uns unserer Verantwortlichkeit auch voll und ganz bewußt. Das Zentrum hat, auch in den Zeiten schärfster Opposition, stets ausgesprochen, daß es das Nothwendige bewilligen will. So hat Windthorst 1887 gesagt: Ich bewillige den letzten Mann und den letzten Groschen. Was er nicht bewilligen konnte, das war das Septennat. (Sehr richtig links und Heiterkeit), weil dieses Septennat in keinem organischen Zusammenhang mit geforderter Heeresvermehrung stand, weil es einen willkürlich bemessenen Zeitraum darstellte und zu einer Machtfrage gemacht wurde. Fünf oder drei Jahre wollte er auch bewilligen. (Lachen links.) 1893 haben meine politischen Freunde auch nur zu weit gehenden Heeresforderungen Widerstand entgegengesetzt und die schließliche Vorlage der Regierung trug dem Rechnung. Wenn die Verhältnisse sich nun so geändert haben, daß wir zur ausschlaggebenden Partei geworden sind, daß sich in allen nationalen Fragen unsere Verantwortlichkeit gesteigert hat, dann fragen wir nicht mit dem Vorredner: cui bono? (Wem kommt es zu gute?), sondern wir thun unsere Pflicht. (Beifall rechts.) In den letzten zehn Jahren haben sich die thatsächlichen Verhältnisse außerordentlich geändert. Seit 1880 hat der deutsche Handel einen außerordentlichen Aufschwung genommen, im Welthandel nehmen wir jetzt die zweite Stelle ein, ebenso steht unsere Handelsmarine an zweiter Stelle. Gegenüber dieser Thatsache können wir uns nicht gut auf doktrinäre Erwägungen zurückziehen. Die 1879 inaugurirte neue Zollpolitik, die unter wesentlicher Mithilfe von uns durchgeführt wurde, hat diesen Aufschwung der Industrie und des Exports bewirkt. (Hört! hört! Beifall rechts.) Mit

diesem Fortschritt hat die Entwicklung unserer maritimen Streitkräfte nicht Schritt gehalten. Die wirthschaftliche Entwicklung hat allen Großstaaten das gleiche Expansionsstreben gegeben. Deutschland ist spät in den Wettbewerb eingetreten. Seine Flotte muß der anderer Nationen ebenbürtig werden, nicht, um uns in abenteuerliche Kriege zu verwickeln, nicht damit unsere Panzerschiffe Schlachten schlagen, sondern damit ein mächtiger Hintergrund vorhanden ist, von dem die Kreuzer ausgehen und den Entschluß Deutschlands verkünden, für die deutschen Interessen überall einzutreten. (Bravo rechts, im Zentrum, bei den Nationalliberalen.) Auch das Verständniß für diese Thatsachen hat sich im deutschen Volke sehr vermehrt. Wer etwa glauben wollte, die deutsche Flotte ist nicht populär, der dürfte sich bei den Wahlen recht erheblich täuschen. (Hört, hört! rechts.) Wir haben jetzt einen präzisen abgerundeten Organisationsplan vorgelegt erhalten; schon das mußte unsere Stellung ändern. Es ist ein großer Fortschritt, daß wir nicht mehr Schiffe sondern eine Flotte bewilligen. Der Streit um die einzelnen Schiffe hört auf; wir aber arbeiten an einem festen Organisationsplane weiter. Ich glaube an die ernsthaften Absichten der Marine-Verwaltung; aber Menschen und Anschauungen wechseln. Würde man uns später mit Forderungen kommen, die sich mit diesem Organisationsplane nicht vertragen, so können wir sie vom Boden des Planes auch um so entschiedener bekämpfen. (Lachen links.) Es ist das große Verdienst Lieber's, nachgewiesen zu haben, daß von einer Verkümmerung des Budgetrechts keine Rede sein kann. Es handelt sich nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern nur um eine Frage der Politik und Zweckmäßigkeit, wenn eine Bewilligung auf mehrere Jahre gefordert wird. Die Verfassung hat eine Bewilligung auf mehrere Jahre für die Flotte vorgesehen. Ich für meinen Theil bin der Ueberzeugung, daß die Garantien, die im § 8 vorgesehen sind, gar nicht nöthig sind. Der Flottenplan wird sich ohne Vermehrung der indirekten Steuern durchführen lassen. Die Mehrheit meiner Partei ist aus allen diesen Gründen entschlossen, für die Vorlage zu stimmen, die ein Markstein für die friedliche Entwicklung des Deutschen Reichs sein wird. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und im Zentrum.)

Abg. **Galler** (südd. Volksp.): Die Rede des Referenten hat unsere Bedenken gegen die Vorlage nicht erschüttern können. In der Bindung des Etatsrechts sehen wir eine Verfassungswidrigkeit. Die Flotten haben in fast allen Kriegen dieses Jahrhunderts eine sehr untergeordnete Bedeutung gehabt, und wir bestreiten, daß sie in einem zukünftigen Kriege eine entscheidende Rolle spielen werden. — Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß mit der Vorlage ein Abschluß gefunden worden ist; wir sehen in ihr nur den Anfang zu der heiß ersehnten Weltflotte, und werden auch in zweiter Lesung gegen die Vorlage stimmen. (Beifall links.)

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Wir Aelteren erinnern uns noch der Schmach, daß das kleine Dänenvolk mit seinen paar Schiffen dem großen Deutschland solche Schwierigkeiten machen konnte. Wir halten also eine Flotte für durchaus nöthig und begrüßen vor allem die Vorlegung eines festen Planes. In der Bindung des Etatsrechts sehen meine Freunde lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Nehmen Sie die Vorlage an.

Abg. Fürst **v. Radziwill** (Pole) erklärt sich im Namen seiner Freunde gegen die Vorlage. Wir verwahren uns dagegen, daß wir die Bedeutung der Flotte unterschätzen, wir müssen aber auf die Stimmung der Wähler Rücksicht nehmen. Die Verantwortung für unsere ablehnende Haltung trägt die Regierung, welche durch Herrn v. Miquel unseren Landsleuten den Krieg erklärt hat. In dem Ansiedelungsgesetz sehen wir eine solche Kriegserklärung. Unser Nein zur Flottenvorlage ist die Antwort darauf. (Bravo bei den Polen.)

Abg. **Götz v. Olenhusen** (Welfe) erklärt, seine Freunde würden, obwohl sie der Vorlage sympathisch gegenüber ständen, gegen dieselbe stimmen, da ihnen einzelne Bestimmungen unannehmbar seien.

Abg. Dr. **Schädler** (Z.): Die Ansichten über die Flottenvorlage sind in der Zentrumspartei getheilt. Um so einiger sind wir in anderen Fragen. (Lachen bei den Sozialdemokraten). Wir wollen die Vertheidigung des Vaterlandes auf anderem Wege als die Vorlage, für die wie 1887 durch unzählige Broschüren Stimmung gemacht wird. Hoffentlich sind diese Broschüren nicht offiziös (Heiterkeit), denn sonst müßte man fragen, wo kommt das Geld her? (Sehr richtig! links.) Auch wir wollen nicht nur die Erhaltung, sondern auch den Ausbau der Flotte, aber nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Seit die Flotte auf dem Tapet ist, hören wir garnichts mehr vom Landheer; und die Kosten für das Heer steigen beständig. Wir können nicht die erste Macht zu Lande und die erste Macht zur See sein. (Ruf rechts: Das wollen wir nicht!) Das ist aber der Anfang und zwar der dicke Anfang. (Sehr richtig! links.) Gewisse Leute scheinen mir doch an eine Erdballpolitik zu denken. Herr v. Hertling meint: Wir bewilligen keine neuen Schiffe, sondern eine neue Flotte. Das ist ein weiterer Grund für mich gegen die Vorlage. (Heiterkeit.) Wenn man eine weitere Flotte von uns fordern wird, so wird man uns sagen: Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. (Sehr richtig! links.) Ich zweifle nicht an der Loyalität der Marineverwaltung, aber Staatssekretäre sind, wie Figura zeigt, wandelbar. (Abg. v. Vollmar: Andere Leute auch! Große Heiterkeit.) Vor einem Jahre wurde noch gesagt, an ein Septennat werde nicht gedacht, die Technik im Schiffsbau sei noch nicht abgeschlossen. Jetzt behauptete man das Gegentheil. Das muß doch stutzig machen. Im Laufe eines Jahres hat sich alles geändert. (Abg. Dr. Schoenlank: Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Heiterkeit.) Vor einem Jahre wurde noch gesagt, die Küsten vertheidigen sich selber. Jetzt auch hier ein Wandel der Anschauungen. Nach § 71 der Verfassung können wir Bewilligungen auf längere Zeit aussprechen. Die Regel ist aber die jährliche Bewilligung und wir müssen nicht bewilligen. Im Hinblick auf die wenigen Rechte des Reichstags bleiben wir bei der Regel und die Regel ist die jährliche Bewilligung. Auch die Bindung der Regierung können wir nicht für bedeutsam halten, gegen ihre bessere Ueberzeugung können wir die Regierung nicht binden. Aus allen den Gründen stimmt ein Theil des Zentrums gegen die Vorlage.

Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**: Ich bedaure, daß man hier innere Landesfragen zur Grundlage für Abstimmungen im Reichstag macht. Die preußische Staatsregierung führt keinen Krieg gegen die Polen (Oho! bei den Polen und im Zentrum), sie thut nur ihre Pflicht, wenn sie in den gemischt-sprachlichen Landestheilen das deutsche Element zu stärken sucht. Da Fürst Radziwill die Bedeutung einer Flotte für die Landesvertheidigung sachlich durchaus anerkannt hat, so wäre es logisch von der polnischen Fraktion gewesen, für die Vorlage zu stimmen. Auch aus politischen und taktischen Gründen hätten die Polen der Vorlage zustimmen sollen.

Das Haus vertagt sich darauf. Persönlich bemerkt

Abg. **Lieber** (Z.), er habe nur als Berichterstatter und rein objektiv gesprochen.

Abg. **Schoenlank** (Soz.) bleibt bei seiner Behauptung. Herr Lieber habe seine Stellung zur Flottenvermehrung von 1897 bis 1898 gewechselt. Die Abstimmung werde es beweisen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5¼ Uhr.

Partei-Nachrichten.

In dem Dorfe **Warsow** bei Stettin wurde der Parteigenosse Neese in den Gemeinderath gewählt.

Die Redaktion der **„Mainzer Volkszeitung"** übernimmt am 1. April der Parteigenosse und Landtags-Abgeordnete Philipp Haas.

Aus Böhmen. Bei den Gemeinderathswahlen in den Arbeiterdörfern Friedrichswald, Dörfel und Massersdorf im Bezirk Reichenberg siegten im dritten Wahlkörper die Kandidaten der Sozialdemokratie, obwohl die Fabrikanten, darunter der Millionär Ginzkey in Massersdorf, alles aufgeboten hatten, um ihre Kandidaten in die Gemeindevertretung zu bringen.

Aus der Schweiz. Die Probenummer des in Zürich begründeten sozialdemokratischen Tageblattes „Das Volksrecht" ist erschienen. In einem Einführungsartikel des Verwaltungsrathes wird betont, daß das Blatt nur der Propaganda für die Sozialdemokratie dienen und alle persönlichen Streitigkeiten fernhalten soll.

Polizeiliches, Gerichtliches rc.

— In dem Dorfe Rogzow bei Köslin in Pommern sollte am Sonntag Nachmittag Reichstags-Abgeordneter Herbert aus Stettin in einer Volksversammlung sprechen. Die Versammlung war vorschriftsmäßig beim Amtsvorsteher angemeldet worden, da dieser aber nicht zugegen war, so stellte der Amtssekretär die Anmeldebescheinigung aus und versah sie vorschriftsmäßig mit dem Amtssiegel und der Journal-Nummer. Als nun am Sonntag die Versammlung eröffnet werden sollte, verlangte der überwachende Gendarm die Anmeldebescheinigung; kaum hatte er einen Blick darauf geworfen, so erklärte er die Versammlung für aufgelöst. Als Herbert dem Gendarmen sagte, er müsse doch das Amtssiegel als richtig anerkennen, erhielt er zur Antwort: Das Siegel könne ja gestohlen sein. Aus dem Bericht, den der Stettiner „Volksbote" über diese Angelegenheit brachte, geht hervor, daß der Gendarm die Versammlung deshalb auflöste, weil die Anmeldebescheinigung nicht vom Amtsvorsteher unterzeichnet war. Der Gendarm will den Auftrag zur Auflösung von dem Amtsvorsteher v. Sierakowitz erhalten haben. Der „Volksbote" theilt noch mit, daß Beschwerde geführt und eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht werden würde.

— Redakteur Theiß von der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" in Dortmund hat eine vierzehntägige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung des Braumeisters Will auferlegt ist.

Wahlbewegung.

Die Bochumer Parteigenossen haben am Sonntag mit einer äußerst stark besuchten Versammlung, an der zirka 2000 Personen theilnahmen, die Wahlagitation begonnen. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter Förster übernommen, der unter lebhafter Zustimmung aus der Versammlung über die nächsten Reichstagswahlen sprach.

Im Wahlkreis Hamm-Soest haben die Nationalliberalen den Gutsbesitzer Schulze-Steinen aufgestellt.

Die Welfen haben im 11. hannoverschen Reichstags-Wahlkreis dem Gutsbesitzer v. Hake die Kandidatur angeboten.

Im Reichstags-Wahlkreise Ansbach haben die Freisinnigen den Amtsrichter Sauer und in Dortmund den Fabrikbesitzer Jucho aufgestellt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik der Schuhmacher dauert nach dem Beschluß der gestrigen Versammlung der Ausständigen, über die wir an anderer Stelle berichten, unverändert fort. Die Fabrikanten sollen, wie es in bürgerlichen Blättern heißt, Monteure angestellt haben, welche die ungelernten Arbeiter an den Maschinen anzulernen haben.

Herr Schuhwaarenfabrikant Mauff ersucht uns in einem Schreiben, unsere Angabe, er habe in seinem Betriebe die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt, zu berichtigen. Es werde in seinem Betriebe nur 9 Stunden gearbeitet; nur einige Tage werde im Einverständniß sämmtlicher Arbeiter eine Stunde länger gearbeitet, die als Ueberstunde auch extra bezahlt werde.

Deutsches Reich.

Der Tischlerstreik in Landsberg a. W. ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

Die Zimmerer in Cabarz haben am 14. März die Kündigung eingereicht. Die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern, die bereits die Zugeständnisse für eine kleine Lohnerhöhung zeitigten, sind von diesen abgebrochen, da die Arbeiter sich mit der Ablehnung der anderen Forderungen nicht zufrieden geben.

Die Textilarbeiter in Kassel haben beschlossen, für dieses Jahr eine 10prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Weiter fordern die Arbeiter einer Fabrik die Erbauung eines Speisesaales und die Arbeiter einer anderen Firma eine Preisherabsetzung für Zwirn. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in Melsungen werden sich der Bewegung anschließen.

Der Streik der Bergarbeiter in Hänichen dauert unverändert fort. Einige, die erst noch aufführen, haben sich den Streikenden nunmehr angeschlossen. Am Sonnabend wurde einstimmig beschlossen, am Streik festzuhalten, bis die Forderungen bewilligt sind. Von seiten des Werkes ist jetzt das Berg-Schiedsgericht angerufen worden, um als Einigungsamt zu fungiren. Die Streikenden haben daraufhin vom Bergamte ein Schreiben erhalten, in welchem ihnen angerathen und empfohlen wird, sich auch dafür zu erklären. Wahrscheinlich werden die Arbeiter den Vorschlag annehmen.

Die Schiffbauer Breslaus haben auf sämmtlichen Baustellen die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind. Ausständig sind gegen 70 Mann.

Ueber den Streik der Maurer in Naumburg wird berichtet, daß die Zahl der Ausständigen gegenwärtig 99 beträgt. Abgereist sind 26 und zu den neuen Bedingungen arbeiten 16 Mann.

In Jena sind 46 Maler wegen Verweigerung ihrer Unterschrift zu dem von den Meistern vorgelegten Tarif ausgesperrt.

Der Streik der Böttcher in Braunschweig und Helmstedt dauert unverändert fort. Obgleich im Böttchergewerbe auch noch in anderen Städten umfangreiche Lohnkämpfe stattfinden, so ist doch die rühmliche Thatsache zu konstatiren, daß noch kein „Arbeitswilliger" sich gefunden hat, was die Streikenden zu den besten Hoffnungen über den Erfolg ihrer Sache berechtigt.

Die streikenden Tapezirer in München verlangen: Neunstündige Arbeitszeit mit je einer Viertelstunde Frühstücks- und Vesperpause und eineinhalbstündige Mittagszeit; Ueberstunden 33⅓ pCt. Zuschlag, bei Beginn derselben 20 Minuten Pause; bei Nachtarbeit 75 pCt. Zuschlag und Pausen von insgesammt eineinhalb Stunden; die Arbeiten außerhalb der Stadtgrenzen müssen mit 1,50 M. Zuschlag und Schlafgeld vergütet werden; die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen beträgt 7 Stunden und werden als voller Tag berechnet; wird länger als 7 Stunden gearbeitet, so ist 75 pCt. Lohnzuschlag zu zahlen. Der 1. Mai ist als Feiertag zu betrachten, wenn nicht dringende Arbeiten vorliegen. An Vorabenden von hohen Festtagen ist um 4 Uhr Feierabend, der Tag ist voll zu bezahlen und erfolgt die Auszahlung um 4 Uhr. Bisher haben neun größere Geschäfte die Forderungen anerkannt.

Die Münchener Bildhauer beschlossen, in denjenigen Geschäften, über die seitens der Schreiner der Streik verhängt ist, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Ebenso haben sich die Modelltischler dem Lohnkampf angeschlossen.

Der Ausstand der Schuhmacher in München umfaßt 200 Arbeiter und erstreckt sich auf alle Geschäfte mit Ausnahme derjenigen, die die Forderungen bewilligt haben.

Schwarze Listen mit den Namen der streikenden Tischler und und sonstigen Arbeiter der Bau- und Möbel-Tischlerei von Paul Marcus u. Frank in Altona-Ottensen versendet der Verein des Holzgewerbes von Hamburg-Altona, Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona, an seine Mitglieder. Das sind dieselben Leute, die sich über den Terrorismus der Arbeiter beklagen und die nach der Polizei schreien, damit diese die „unbotmäßigen" Arbeiter knebeln soll.

Die norddeutschen Barbier- und Friseur-Gehilfen hielten am 14. d. M. in Magdeburg ihren Bezirkstag ab, welcher durch 13 Delegirte beschickt war. Neben einer Reihe von Anträgen, die die Organisation selbst betrafen, hatte hauptsächlich das Referat Bedeutung: „Unsere Stellung zur Handwerksorganisation". Hierzu wurde eine Resolution angenommen, die bei event. Inkrafttretung der Zwangsinnung die Betheiligung an deren Institutionen befürwortet. Weiter wurde der Verbandsvorstand beauftragt, eine Statistik über die Verhältnisse des Berufes aufzunehmen. Eine ausgedehnte Debatte fand statt über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung durch den Verband. Die Diskussion hierüber fand ihren Abschluß, indem der Vorstand beauftragt wurde, dem nächsten Verbandstage einen Entwurf hierzu vorzulegen. Die Agitation für den Verband soll in Zukunft noch besser organisirt werden und wurde Simson-Berlin als Vertrauensmann gewählt, dem diese Angelegenheit obliegt. Zum Schluß fand eine Resolution Annahme, die es den Zweigvereinen zur Pflicht macht, für die Erringung eines Minimallohnes, Abschaffung des Truckystems und Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses zu agitiren.

Ausland.

In Klagenfurt sind über hundert Schneidergehilfen in den Ausstand getreten.

Bergarbeiter-Streik in Nordspanien. Nach den neuesten Berichten aus Bilbao ist die dortige Lage ernster, als bisher angenommen wurde. Im Laufe der letzten Woche hielten 3000 Grubenarbeiter des Bezirks Ortuella trotz aller angewandten Zwangsmaßnahmen der Behörden den Streik aufrecht, und am Sonnabend traten noch gegen 5000 Arbeiter der benachbarten Gruben dem Ausstande bei. Sie verlangen zwölfstündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 4 Peseten (3,20 M.) und Beseitigung der Frauenarbeit unter der Erde. Bei den bisherigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der sogenannten Bürgerwehr wurden im ganzen fünf Personen getödtet und zwanzig verwundet.

Unternehmer-Verbände.

Der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen hat in einer Sitzung, an der der Bundesvorstand und die Bezirksvorstände theigenommen haben, sich für Beibehaltung der freien Innungen in diesem Gewerbe ausgesprochen. Die Zwangs-Innung lege ihren Mitgliedern wohl Pflichten auf, ohne ihnen jedoch entsprechende Rechte zu gewähren. Auch paßt den Herren Innungsmeistern nicht, daß sie in der Zwangs-Innung niemandem mehr den Eintritt verweigern könnten, vorausgesetzt, daß der betreffende sonst den gesetzlichen Anforderungen genügt. Ueber diesen Beschluß wird der diesjährige Verbandstag in Breslau endgiltig zu entscheiden haben.

Soziales.

Was die Aktionäre verdienen. Wir haben wieder eine kleine Blüthenlese in den Geschäftsabschlüssen von Aktien-Unternehmungen veranstaltet, um zu zeigen, wie „begründet" das Verlangen der Unternehmer ist, unter gütiger Mitwirkung der Regierung das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, damit diese sich ja nicht einfallen lassen können, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ertrotzen.

Der Aufsichtsrath der Württembergischen Vereinsbank schlägt die Vertheilung einer Dividende von **7 pCt.** vor, ebenso viel steht den Aktionären der Württembergischen Bank vorm. Pflaum und Ko., der Bremer Oelfabrik und der Flensburger Dampfer-Kompagnie in Aussicht. **7½** pCt. warfen die Schlesische Bodenkredit-Aktienbank in Breslau und die Sächsisch-Thüringische Braunkohlen-Aktiengesellschaft ab, während die Kommerzbank in Lübeck **7½** pCt. und die Kappeln-Schleswiger Dampfschiffahrts-Gesellschaft **7½** pCt. vertheilt. Der Verein chemischer Fabriken in Mannheim zahlt nach reichlichen Abschreibungen, Vortrag auf neue Rechnung rc. **8** pCt. Dividende. Die Braunkohlen-Grube „Karoline" brachte gleichfalls **8** pCt. und die Braunschweigischen Kohlenbergwerke zahlen **8** pCt. auf Prioritäts- und **7** pCt. auf Stammaktien. Die Chromo-Papier- und Kartonfabrik vorm. Gust. Najork in Leipzig setzte die Dividende auf **8½** pCt. fest, die Stuttgarter Straßenbahn-Gesellschaft gewährt **8½** pCt. auf Stamm- und **9½** pCt. auf Prioritäts-Aktien. Die Rhederei vereinigter Schiffer in Breslau, die Vereinigte Flensburg-Ekensunder und Sonderburger Dampfschifffahrts-Gesellschaft, die Vereinigte Pommersche Eisengießerei und die Hallische Maschinenbau-Anstalt vorm. Haas u. Littmann, sowie der Bremer Bankverein zahlen je **9** pCt. Die Leipziger Immobiliengesellschaft und die Hamburg-Altonaer Zentralbahn-Gesellschaft vertheilen **9½** pCt., letztere giebt außerdem noch 110 000 M. auf sogenannte Genußscheine. Die Bremer Schiffsbaugesellschaft „Vulkan" und die Chemische Produktenfabrik Pommerensdorf gewähren **10** pCt. Die Oberschlesische Zementfabrik in Oppeln giebt **11** pCt. Dividende. Die Aktionäre der Hinschenfelder Lederfabrik, der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg, der Eßlinger Brauerei-Gesellschaft, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft und der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft erhalten je **12** pCt. Die Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden zahlt nach der Schätzung ihres Vorstandes mindestens **12½** pCt. Die Dresdener Baugesellschaft sowie die Kondor-Fahrradwerke in Brandenburg werden voraussichtlich **15** pCt. vertheilen. Die Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Hof schlägt der Generalversammlung die Gewährung von **16** pCt. Dividende vor. Die Porzellanfabrik Rosenthal u. Co., Aktiengesellschaft in Selb, sowie die Alsen'schen Portland Zementfabriken zahlen **18** pCt. Die Bremer Wollkämmerei und die Vereinigten Filzfabriken Giengen an der Brenz warfen **20** pCt. ab. Die Ludwigshafener Walzmühle erzielte zwar einen Brutto-Gewinn von **20½** pCt., sie bringt aber nur die Vertheilung von 8 pCt. Dividende in Vorschlag. Die Porzellanfabrik in Kahla wird voraussichtlich **22½** pCt. und die Polyphon-Musikwerke Wahren bei Leipzig werden **23** pCt. gewähren. Die Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft zahlt **24** pCt., und die Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegelei-Gesellschaft nach reichlichen Abschreibungen **25** pCt. (im Vorjahre **50** pCt.) Der Generalversammlung der Hallischen Maschinenfabrik und Eisengießerei wird die Vertheilung von **35** pCt. vorgeschlagen. Die Ilseder Hütte bei Peine kann sogar **54⅔** pCt. Dividende zahlen.

Das englische Arbeitsamt, besonderes Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe, hat für seine auf der Brüsseler Weltausstellung ausgestellt gewesenen Publikationen über Arbeiterfragen den großen Preis zugesprochen erhalten.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 23. März. (W. T. B.) Die Verhandlung des Verleumdungsprozesses der Schreibsachverständigen gegen Zola ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden infolge der Berufung Zola's gegen die Zuständigkeit des Korrektions-Tribunals.

Paris, 23. März. (W. T. B.) Die Heereskommission der Kammer nahm den Antrag an, welcher die Regierung ermächtigt, im Falle einer überseeischen kriegerischen Unternehmung alle französischen Schiffe, wo sie sich auch befinden mögen, aufbieten zu dürfen. Gegenwärtig hat die Regierung nur das Recht des Aufgebots der in den heimischen Gewässern befindlichen Schiffe.

Rom, 23. März. (W. T. B.) (Deputirtenkammer.) In namentlicher Abstimmung wird die gestern eingebrachte Tagesordnung Alessio, welche besagt, daß sich die Kammer in der Erwägung, daß die in dem Berichte der Kommission dargelegten Thatsachen den Charakter eines gewöhnlichen Vergehens hätten, dahin ausspreche, dem Eingreifen der Gerichtsbehörde wegen der gegen Crispi erhobenen Anklagen volle Freiheit zu gewähren, mit 184 gegen 106 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Desgleichen lehnt die Kammer die Tagesordnung Novaseuda, welche Crispi vor den Staatsgerichtshof verweisen will, durch Aufstehen resp. Sitzenbleiben ab und nimmt hierauf in namentlicher Abstimmung die Tagesordnung Carcano, welche besagt, daß das Haus von den Erklärungen des Berichterstatters der Kommission und des Justizministers Akt nimmt und die Anträge der Kommission billigt, mit 207 gegen 7 Stimmen an, bei 65 Stimmenthaltungen.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.**

Nr. 70. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 24. März 1898.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 23. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen.

Die Berathung des Eisenbahn-Etats wird bei dem Einnahme-Titel „Aus dem Güterverkehr" fortgesetzt.

Hierzu liegt vor ein Antrag **Gothein** (frs. Vg.), die Staatsregierung wolle mit den deutschen Eisenbahnverwaltungen die Versetzung von Getreide, Malz und Mühlenfabrikaten aus Spezialtarif I in Spezialtarif II vereinbaren.

Auf den Antrag des Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) wird der Antrag Gothein der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen; der Titel selbst wird nach langwieriger Debatte, die des allgemeinen Interesses entbehrt, genehmigt.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Woyna (fk.) erwidert der Regierungskommissar Geh.-Rath **Möllhausen**, daß über die für den Anschluß von Kleinbahnen zu berechnenden Kosten gegenwärtig Erhebungen angestellt werden, um zu einheitlichen Grundsätzen hierüber zu gelangen.

Die gesammten Einnahme-Titel werden hierauf ohne weitere Debatte genehmigt.

Bei dem Ausgabe-Titel „Vom Staat verwaltete Eisenbahnen" befürwortet

Abg. **Lohmann** (ntl.) einen von ihm gestellten Antrag, welcher eine schnellere Anstellung der Eisenbahnbau- und Maschinen-Inspektoren bezwecken soll.

Regierungskommissar **Lehmann** kann sich über den Antrag, der nicht im Wortlaut vorliegt, nicht äußern. Die Verwaltung sei aber bemüht, die Anstellung der Beamten zu beschleunigen.

Abg. **Schmieding** (ntl.) tritt den Wünschen seines Freundes Lohmann bei. Auch der Abg. **Mücke** (Z.) unterstützt den Antrag Lohmann.

Minister **Thielen** legt dar, daß in Berücksichtigung der von den Technikern geäußerten Wünsche derjenige Passus in den Etat aufgenommen sei, dessen Streichung der Antrag Lohmann bezweckt.

Abg. **Reimnitz** (natl.) bittet um Besserstellung der aus den Arbeitern hervorgegangenen Werkstatt-Aufseher.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) hält den Dienst der Gepäckträger für zu anstrengend; er kenne Leute, die in dieser Stellung seit 37 Jahren keinen freien Sonntag gehabt haben. Redner führt sodann Beschwerde über das Auftreten des Stationsvorstehers in Dirschau, der gegen einen polnischen Telegraphisten äußerst brutal aufgetreten sei.

Minister **Thielen** bemerkt, daß der Beamte im Dienste polnisch zu sprechen nicht berechtigt sei. Er werde den Fall untersuchen. Den Gepäckträgern soll stets Zeit gegeben werden, am Sonntag einen Gottesdienst zu besuchen; die Leute ziehen es vor, aus Erwerbsrücksichten ihren Dienst nicht zu unterbrechen.

Die Abgg. **Böttinger** (natl.), **Felisch** (fk.), **Kircher** (Z.) bitten um Aufbesserungen für einzelne Beamtenkategorien.

Abg. **v. Bockelberg** (k.) bekämpft den Antrag Lohmann, der nach der Entstehung des Vermerks, der nach diesem Antrag gestrichen werden soll, gerade das Gegentheil von dem erreichen würde, was er bezweckt. Auch kann man der Regierung keine Beamten aufdrängen, für die sie keine Verwendung hat.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) befürwortet einen von ihm gestellten Antrag: Die Titelbezeichnung „Bau- und maschinentechnische Eisenbahn-Betriebs-Ingenieure" abzuändern in „Oberbahnmeister".

Minister **Thielen** erwidert, daß Amts- und Titelverleihung Ausfluß des Kronrechtes sind. Er verstehe diese ganze Agitation nicht, die von den technischen Hochschulen ausgegangen sei. Der Titel „Oberbahnmeister" würde gar keinen Sinn haben, denn mit der Bahnmeisterei habe die Stellung der betreffenden Beamten gar nichts zu thun. Der Titel „Eisenbahnbetriebs-Ingenieure" treffe in jeder Beziehung das richtige.

Abg. **Brüse** (k.) führt Beschwerde über unzulängliche Eisenbahn-Uebergänge in der Altmark und über die ungenügende Barrierenschließung bei den vorhandenen.

Abg. **Cahensly** (Z.) bekämpft den Antrag Sattler.

Die Abgg. **Krawinkel** (natl.), **Mies** (Z.) und **Wallbrecht** (natl.) empfehlen den Antrag Lohmann.

Die Abgg. **v. Knapp** (natl.), **Ring** (k.), **Wetekamp** (frs. Vp.) begründen ihre Wünsche um Besserstellung einzelner Beamten-Kategorien.

Nachdem noch der Abg. **Kirsch** (Z.) sich gegen den Antrag Sattler erklärt, wird die Debatte geschlossen.

Die Anträge Sattler und Lohmann werden abgelehnt. Der Titel „Besoldungen" wird bewilligt.

Bei Titel 2 „Wohnungsgeldzuschuß" erörtert

Abg. Dr. **Schulz**-Bochum (natl.) die Thätigkeit der Baugenossenschaften für den Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen. Er ist der Meinung, daß diese Genossenschaften allein das Bedürfniß an Beamtenwohnungen nicht decken können und daß man im schnelleren Tempo staatlicherseits mit dem Bau von Beamtenwohnungen vorgehen möchte. (Zustimmung.) Wenn man die palastartigen Dienstgebäude sieht, so sollte man glauben, daß auch für Beamten-Wohnungen wohl etwas gethan werden könnte. Um den Beamten in rheinisch-westfälischen Bezirken bessere Wohnungen zu schaffen, mögen Theuerungszulagen in den Etat künftig eingestellt werden.

Minister **Thielen** bemerkt, daß für derartige Zwecke bereits eine Million in den Etat eingestellt ist. Die Regierung sucht soviel als möglich durch Stellenzulagen zu helfen. Das Bedürfniß wird anerkannt.

Weiterberathung morgen (Donnerstag) 11 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Vorlagen die Zustimmung ertheilt: Ergänzung der Bestimmungen über die Tara und Abänderung eines Tarifsatzes; Ertheilung der Erlaubniß zur Beförderung von Auswanderern an die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft in Hamburg; Entwurf einer Anweisung zur chemischen Untersuchung von Fetten und Käsen mit einigen Abänderungen; Vorlage, betreffend die Abänderung des § 11 der Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie über die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken; Gesetzentwurf für Erlaß-Lothringen, betreffend die Disziplin der Richter; Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1898/99. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen Vorschläge zur Abänderung einiger Bestimmungen der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands ꝛc.; Vorlagen, betreffend die Zulassung der Société de Navigation Belge-Américaine (Red Star Line) in Antwerpen und der Compagnie Générale Transatlantique in Paris und Havre zur Beförderung von Auswanderern.

Die sechste Kommission des Reichstages hat heute die zweite Lesung der Novelle zur Konkursordnung beendet, nachdem zwischen der Regierung und der Kommission über die Frage des Zwangsvergleichs Uebereinstimmung dahin erzielt war, daß ein solcher nicht stattfinden darf, wenn die Masse weniger als ein Fünftel der Schuldsumme beträgt. Zum Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Bassermann bestellt.

Im Herrenhause ist heute das Gesetz über Hochwasserschäden von der mit der Vorberathung beauftragten Kommission unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen worden. Graf Stolberg wird dem Hause mündlichen Bericht erstatten. Die Vorlage kommt am Sonnabend im Plenum zur Berathung. Das Haus hält bis Dienstag Sitzungen, um dann erst nach Ostern zur Berathung des Etats wieder zusammenzutreten. —

Lokales.

Die Wiederkehr des Genossen Liebknecht und zugleich sein Stiftungsfest feierte der sozialdemokratische Wahlverein des sechsten Kreises am Sonnabend in der Tonhalle. Obwohl jede öffentliche Ankündigung unterlassen war, hatte sich die Kunde dieser Feier in den Kreisen der Parteigenossen weit verbreitet und schon zeitig strömten in hellen Schaaren die Genossen und Genossinnen herbei, um ihren Vorkämpfer nach überstandener Gefängnißhaft wieder zu begrüßen. Der schön geschmückte Saal war überfüllt. Als Liebknecht erschien, jubelten ihm die Versammelten zu, wie man nur einem Freunde, den man von ganzem Herzen liebt und verehrt, zujubeln kann. Liebknecht, tief bewegt von der Begeisterung der Genossen, hielt eine Festrede, in der er die Entwickelung der Partei schilderte und unserer Zuversicht in die Zukunft Ausdruck verlieh. Auch sonst verlief die Festlichkeit, durch Gesang und Musik verschönt, in bester Weise.

Ueber die städtischen Almosenempfänger bringt der letzte Bericht der Armendirektion (pro 1896/97) wieder die üblichen Angaben der persönlichen Verhältnisse (Geschlecht, Alter, Beruf, Ursache der Bedürftigkeit). Die Vergleichung mit den Zahlen des Vorjahres zeigt einige bemerkenswerthe Verschiebungen. Von den im März 1897 (bezw. 1896) in den Listen stehenden 27 027 (26 069) Almosenempfängern waren 20 117 (19 341) weiblich und nur 6910 (6728) männlich. Unter den letzteren waren 73 (55) frühere Beamte u. s. w., 57 (58) Künstler, Gelehrte u. s. w., 330 (340) Handeltreibende, 3309 (2670) Gewerbetreibende, 3051 (3471) Handarbeiter, 90 (134) ohne Angabe. Unter den weiblichen Personen waren allein 15 557 (15 005) Wittwen (bei denen der Bericht die Angabe des Berufes des verstorbenen Ehemannes vermissen läßt), ferner 3137 (3014) Unverehelichte, 160 (133) Ehefrauen, 805 (776) Eheverlassene, 456 (413) Geschiedene. Die Angaben über das Alter sind von geringerem Werth, weil der Bericht hier, wie immer, leider nicht nach dem Geschlecht unterscheidet. Unter 40 Jahre alt waren nur 1359 (1337) Personen, davon 98 (104) noch unter 20 Jahre; ferner 40—50 Jahre alt 1830 (1801) Personen, 50—60 Jahre 4052 (6959), 60—70 Jahre 9723 (9645), 70—80 Jahre 8409 (7816), 80—90 Jahre 1589 (1463), über 90 Jahre 65 (48) Personen (unter letzteren im Jahre 1897 eine über 100 Jahre alte Person). Die städtische Armenpflege greift vorwiegend erst dann ein, wenn die Hilfsbedürftigkeit mit hohem Alter gepaart ist, während die jüngeren Leute meist auf die Selbsthilfe durch Arbeit verwiesen werden, — unbekümmert darum, ob für sie Arbeit zu finden ist oder nicht. Als Ursachen der Hilfsbedürftigkeit nennt der Bericht hohes Alter bei 15 420 (14 781) Personen, andauernde Krankheit oder Siechthum bei 8606 (7828), nicht zureichende oder mangelnde Erwerbsfähigkeit bei 3001 (3460). Auch für diese Zahlen fehlt in dem Bericht leider die Unterscheidung nach Geschlechtern. Sie ist hier um so weniger zu entbehren, da gerade hier das Vorherrschen der weiblichen Personen und besonders der Wittwen unter den Unterstützten zweifellos seinen Einfluß stark geltend macht. Von speziellem Interesse ist die Zahl derjenigen Unterstützten, die — ohne alt und siech zu sein — doch einen unzureichenden oder überhaupt keinen Erwerb hatten. Zu dieser Gruppe gehören nicht nur die wegen Blindheit, Taubheit u. s. w. von vornherein theilweise oder ganz Erwerbsunfähigen, sondern auch solche, die trotz aller Erwerbsfähigkeit doch zeitweilig oder dauernd noch nicht einmal das sogenannte Existenzminimum erwerben, weil sie zu erbärmlich bezahlt werden oder überhaupt keine Arbeit finden. Diese Gruppe hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert. Sie hatte im März 1898, infolge des Arbeitsmangels und zugleich der Lebensmittelheuerung der vorhergehenden Jahre, die beträchtliche Höhe von 4144 (= 18,4 pCt. aller Unterstützten) erreicht, ist aber seitdem, infolge der Mehrung der Arbeitsgelegenheit und des Sinkens der Lebensmittelpreise, bis auf 3001 (= 11,1 pCt. aller Unterstützten) gesunken. Man sieht, wie sich in der Armenpflege der Gang der wirthschaftlichen Verhältnisse wiederspiegelt. Aber eben infolge dieses Einflusses der wirthschaftlichen Lage auf die Armenpflege sind für 1898 kaum noch ebenso günstige Zahlen zu erwarten. Das neuerliche Steigen der Preise der wichtigsten Lebensmittel und die erneute Minderung der Arbeitsgelegenheit dürften sich hier sehr bald wieder fühlbar machen.

Ein Christenthum besonderer Art giebt ein hiesiger Pastor, namens Rahlenbeck, zum besten. Dieser Pastor hat im Schöneberger Parochialverein einen Vortrag gehalten, den er „Die Zeit vor fünfzig Jahren im Lichte der evangelischen Wahrheit und der vaterländischen Geschichte" betitelte. Nach dem Bericht, den die doch ziemlich unverdächtige „Kreuz-Zeitung" über den Vortrag bringt, hat Pastor Rahlenbeck von dem Begräbniß der Märzgefallenen folgendes gesagt: „Zu unserer Beschämung muß zugegeben werden, daß an dem Begräbniß auf dem Friedrichshain auch Würdenträger und Geistliche theilnahmen; es war der Terrorismus der Zeit."

Bisher haben wir immer geglaubt, daß es für einen Geistlichen niemals etwas Beschämendes an sich habe, wenn er an einem Begräbniß theilnehme, und sei es selbst das eines Raubmörders. Die sogenannten Tröstungen der Religion sollen doch gerade den ärgsten Sündern am bereitwilligsten dargeboten werden. Da der Herr Pastor sich also mit seinem Christenthum in Widerspruch setzt, wenn er die gefallenen Märzkämpfer als lauter Bösewichter betrachtet, vor denen der Geistliche sich zu schämen habe, so liegt dem Ausspruch des Priesters wahrscheinlich ein ganz anderer Sinn unter als der, der bei oberflächlichem Anschauen aus dem Vortrage herauszulesen ist. Der Vertreter der christlichen Demuth und Liebe hat gewiß sagen wollen, daß die evangelische Geistlichkeit von damals, die sich bekanntlich nicht durch allzuviel Kurage ausgezeichnet hat, vor dem Heldenmuth der Märzgefallenen in Demuth und Beschämung die Segel streichen müsse. Und in diesem Sinne hat der Pastor Rahlenbeck ganz gewiß recht.

Die neue Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, welche wir vorgestern veröffentlicht haben, bringt bekanntlich eine Reihe Veränderungen, auf die wir im besonderen hinweisen wollen. Zunächst sind einige Unklarheiten der bisherigen Bestimmungen beseitigt, indem durch einen Zusatz zu § 1 festgestellt ist, daß an den Sonn- und Feiertagen das Fahren von Bierwagen während der für den Handel mit Lebens- und Genußmitteln freigegebenen Stunden, sowie das Fahren von Rollwagen, so weit sie dem Eilgutverkehr dienen, unzweifelhaft gestattet ist. Eine fernere bisherige Unklarheit wird durch die neue Fassung von § 2 und 4 beseitigt, wonach nunmehr das Verbot, an den Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten vorzunehmen, keine Anwendung findet auf Arbeiten, welche in Zier- und Hausgärten oder von kleinen Leuten mit ihren Angehörigen zur Bestellung oder Abwartung ihrer Gärten und Felder außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes verrichtet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die in § 6 der neuen Verordnung getroffene Bestimmung, wonach das Aushängen und Ausstellen von Waaren in den Schaufenstern und Schaukästen und das Offenhalten der Ladenthüren an den Sonn- und Feiertagen während der zulässigen Verkaufszeit gestattet ist. Die in Berlin als überaus lästig empfundene Bestimmung, auch während der Stunden von 12—2 Uhr nachmittags die Ladenthüren an den Sonn- und Feiertagen eingeklinkt zu halten und die Schaufenster zu verhängen oder zu räumen, wird damit aufgehoben. Außerhalb der gesetzlich zugelassenen Verkaufszeit müssen freilich die Schaufenster auch in Zukunft verhängt oder geräumt sein. In Wegfall gekommen ist bei § 8 die Bestimmung, daß diejenigen Schankwirthschaften, in welchen ausschließlich oder vorwiegend der Ausschank von Branntwein betrieben wird, nach der Straße verschlossen zu halten sind. Aufgehoben ist auch das Verbot der privaten Lustbarkeiten am Charfreitag, am Bußtag, in der Charwoche, an den Vorabenden und an den ersten Tagen der drei großen Feste. An den genannten Tagen können demgemäß private Lustbarkeiten auch in öffentlichen Lokalen stattfinden, unterliegen aber hier, wie in privaten Räumen auch jetzt noch der Einschränkung, daß dadurch nicht die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage beeinträchtigt wird. Was unter „Beeinträchtigung" zu verstehen ist, hängt natürlich im wesentlichen vom Belieben der Polizei ab. Wir wollen hoffen, daß sich Dinge, wie die, welche der Gastwirth Gründel seinerzeit erleben mußte, in Zukunft nicht wiederholen.

Ein hiesiger Ingenieur hat beim Magistrat die Genehmigung zur Aufstellung von Säulen an Straßenecken und auf freien Plätzen nachgesucht, welche Säulen Nachweise über die in der nächsten Umgebung dieser Straßen leerstehenden Wohnungen enthalten sollen.

Für die Erbauung einer neuen (dritten) städtischen Irrenanstalt ist ein Theil des zu Kanalisationszwecken von der Stadtgemeinde erworbenen Rittergutes Buch in Aussicht genommen.

Die vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft hat dem Magistrat ein Projekt vorgelegt, wonach der Gütertransport von und nach den Bahnhöfen „in der Hauptsache" des Nachts auf den Schienen der Straßenbahn erfolgen soll. Seit Jahren wird der Magistrat mit Verkehrsprojekten von wahrhaft genialer Natur förmlich überschüttet. Bis jetzt ist aber noch nichts dabei herausgekommen.

In der Untersuchungssache gegen den Obersaktor Grünenthal von der Reichsdruckerei will ein hiesiger Berichterstatter folgendes erfahren haben: Die fortgesetzten kriminalpolizeilichen Ermittelungen haben mit Sicherheit ergeben, daß Grünenthal bei Ausübung des Diebstahls Komplizen nicht gehabt hat. Ob jedoch Personen um seine Handlungen wußten, ist noch nicht festgestellt. Der Banknotendiebstahl ist im Jahre 1894 und zwar in einem einzigen Falle begangen worden. Die Höhe des gestohlenen Betrages konnte noch nicht genau ermittelt werden, dürfte jedoch zum größten Theil durch das bei Grünenthal respektive an anderen Stellen aufgefundene Geld gedeckt sein. Für seine eigene Person hat Grünenthal jährlich etwa dreitausend Mark (!) verbraucht. An Geschenken für seine verschiedenen Geliebten, Abfindungssummen ꝛc. sind nachweislich innerhalb der letzten zwei Jahre von ihm 155 000 M. ausgegeben, von denen jedoch 100 000 M. in der Wohnung seiner Wirthin wieder zur Stelle geschafft sind. Auf dem Begräbnißplatz, in der Wohnung des Grünenthal sowie in zwei verschiedenen Bankgeschäften sind Werthpapiere in Gesammthöhe von 320 000 M. ermittelt; hierzu kommen 100 000 M., die bei der Geliebten des G. aufgefunden worden sind, sodaß seitens der Kriminalpolizei ein Vermögen von 420 000 M. zur Stelle geschafft worden ist. Die von dem Obersaktor gemachten Ausgaben innerhalb der letzten zwei Jahre dürften 70000 M. überschreiten. Wieviel G. durch Spekulationen an der Börse innerhalb der letzten vier Jahre gewonnen, ist nicht festzustellen, doch dürfte dies eine ganz bedeutende Summe sein, um so mehr, als Mißerfolge, die Grünenthal bei seinen Spekulationen etwa gehabt hätte, nicht ermittelt worden sind. Hiernach dürfte die von ihm gestohlene Summe auf etwa 400 000 M. zu berechnen sein. Die Verhaftung der Wirthin des Grünenthal, der Frau Eng, sowie die gegen ihre Enkelin eingeleitete Untersuchung hat mit dem Diebstahl selbst nichts zu thun; diese bezieht sich vielmehr auf Kuppelei sowie auf ein anderes schweres Vergehen. Daß die beiden Frauen Kenntniß von dem Diebstahl in der Reichsdruckerei gehabt, ist nicht anzunehmen. Frau E. sowohl als deren Enkelin waren wohl berechtigt zu glauben, daß Grünenthal ein eigenes bedeutendes Vermögen besitzt, um so mehr, als ihnen genau bekannt war, daß der frühere Obersaktor mit gutem Erfolge Spekulationsgeschäfte betreibt. Grünenthal ist übrigens auch bis heute noch nicht zur Ablegung eines Geständnisses zu veranlassen gewesen.

Die in der Grünenthal'schen Angelegenheit beschlagnahmten Kassenscheine und Werthpapiere waren in der Verwahrungsstelle des Kriminalgerichtsgebäudes untergebracht worden. Diese Maßregel hatte für die Gerichtsdiener recht unbequeme Folgen, denn dieselben hatten abwechselnd zu zweien Nachtdienst, um den Schatz zu bewachen. Letzterer ist gestern nach der Hinterlegungsstelle in der Niederwallstraße übergeführt worden.

Die Aufwartefrau des verhafteten Obersaktors Grünenthal, auf deren Denunziation hin angeblich die ganze Affaire aufgedeckt wurde — Frau Lötsch — bestreitet entschieden die Richtigkeit der über sie verbreiteten Erzählungen. Frau Lötsch, die mit Grünenthal bekannt wurde, als er noch im Vorderhause Camphausenstraße 2 wohnte, erklärt, daß sie keineswegs, wie in einem Lokalblatte behauptet wurde, 50 M. monatlich für ihre Aufwartedienste erhalten habe. Sie habe weder den Grünenthal bei der Polizei angezeigt, noch etwas von dem Versteck der Werthpapiere auf dem Kirchhof gewußt. Bei ihrer Vernehmung bei der Kriminalpolizei hat sie nur den Verkehr des Grünenthal mit der Elly G., die übrigens seit 15 Monaten Mutter ist, bestätigen können.

Scharfrichter Reindel bleibt dem Staate erhalten. Von der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht werden jetzt durch Steindruck vervielfältigte Antwortschreiben an die zahlreichen Personen versendet, welche sich um das angeblich erledigte Amt des Scharfrichters beworben haben. Der in diesem Schreiben ertheilte Bescheid lautet ganz kurz folgendermaßen: „Von einer Niederlegung des Amtes durch den Scharfrichter Reindel ist hier bisher nichts bekannt geworden." Unter der großen Anzahl der Bewerber sind die verschiedensten Kreise, namentlich aber Schlächter, vertreten.

Schon wieder eine Duellprügelei? Die „Märkische Volks-Zeitung" bringt folgende Nachricht: „Ein Duell hat bei den Militär-Schießständen in der Jungfernhaide, wie uns nachträglich von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, zwischen zwei Offizieren am Sonntag (!) den 13. d. M. in der Frühe zwischen 5 und 6 Uhr stattgefunden. Einer der Betheiligten erhielt eine Wunde am rechten Arm. Daß Angehörige des deutschen Heeres zu einem solchen Skandal noch den Sonntag benutzen, macht ihren berühmten „Ehrenkodex" gewiß noch viel „berühmter".

Die 80 000 M., welche der im Zuchthause befindliche Schlächtergeselle G. nach seinem Geständniß am Schlesischen Busch vergraben haben will, sind nicht gefunden worden. Der Schlächtergeselle hatte, wie bereits gemeldet, auf dem Krankenbette ein Geständniß abgelegt, nach welchem er einen Engros-Schlächtermeister auf der Landstraße ermordet und ihm 80 000 M. sowie eine goldene Uhr geraubt habe. Das Geld und die Uhr wollte G. an einem Baum am Ufer des Spreekanals am Schlesischen Busch, und zwar unmittelbar an der Freiarche vergraben haben. Die am Montag Abend und Dienstag früh an dem durch einen Kerb in der Rinde gekennzeichneten Baum angestellten Nachgrabungen haben zwar zur Auffindung der Uhr geführt, dagegen ist das Geld nicht mehr vorhanden gewesen.

Die 5 Pf.-Omnibus-Gesellschaft „Reform" G. m. b. H. hat gestern Abend die Liquidation beschlossen. Liquidatoren sind die Herren Kaufmann, Isaac und der Stadtverordnete Wallach. Verhandlungen wegen Verkaufs des Unternehmens sind eingeleitet, damit die neuen Linien, zu denen die Konzession vorhanden ist, unverzüglich in Angriff genommen werden können. Warum die Gesellschaft sich auflöst, wird nicht berichtet.

Wie bekannt, ist den Unternehmern für Herrichtung der Bedürfniß-Anstalten in den Straßen die Verpflichtung auferlegt, eine Zelle für Frauen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Daß eine solche benutzt werden kann, wird zwar in den Bedürfniß-Anstalten vermerkt, aber vergeblich werden nur zu oft die weiblichen Personen die Thür zu öffnen versuchen, welche in den meisten Fällen wohl zugeschlossen gehalten wird. Vielleicht trägt ein

erneuter Hinweis dazu bei, Abhilfe zu schaffen. Uebrigens mögen die betreffenden Frauen an Ort und Stelle die sofortige Oeffnung der Freizelle verlangen und im Weigerungsfalle Beschwerde beim Magistrat führen.

Fünf Möbelwagen voll beschlagnahmter Mobilien — die Einrichtung einer großen herrschaftlichen Villa — fuhren gestern Mittag vor dem Moabiter Kriminalgerichte vor und leiteten damit den Schlußakt eines Abenteuers ein, welches ein Deutsch-Amerikaner vor einigen Wochen auf der Stadtbahn erlebt hat. Der amerikanische Petroleumquellen- und Bergwerksbesitzer E. Stempel, Besitzer ungezählter Millionen, hatte die große Villa Friedrichstr. 8 in Südende gemiethet und bewohnte dieselbe mit seiner Familie und zahlreicher Dienerschaft. Eines Tages hatte er, wie berichtet wird, einen österreichischen Offizier im Stadtbahnabtheil verprügelt. Da er wegen dieser Angelegenheit eine Bestrafung zu erwarten hatte, floh er. In Moabit weigerte sich gestern sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch das Gericht, die Sachen in Verwahrung zu nehmen, weshalb dieselben auf Kosten des Besitzers nach einer Pfandkammer in der Schönhauserstraße gebracht wurden. Zu einer Versteigerung der Sachen wird es aber schwerlich kommen, denn man nimmt an, daß sich in den Dutzenden von schweren und festverschlossenen Kisten und Koffern, die zu der Ladung gehören, noch ganz erhebliche Werthe befinden, an deren Auslösung der Amerikaner ein großes Interesse haben dürfte.

Eine Verkehrsstörung entstand gestern Nachmittag um 1 Uhr an der Ecke der Flottwell- und Lützowstraße durch den Radbruch an einem Lastwagen, der mit alten Balken überladen war. Da der Wagen auf den Schienen lag, so mußte man bis zu seiner Wegschaffung die Pferdebahnwagen aus dem Geleise heben und über das Asphaltpflaster um das Hinderniß herumführen. Der Wagen gehörte der Nutzholzhandlung von Seckel u. Schweitzer in der Mühlenstraße zu Schöneberg.

Theater. Der „Goethe-Abend", den das Schiller-Theater Sonntag, den 27. d. Mts., im Bürgersaale des Rathhauses veranstaltet, ist in der Reihe der Dichter- und Tondichter-Abende der hundertste. Der erste Dichter-Abend, der am 16. September 1894 stattfand, war ebenfalls Goethe gewidmet. Die Direktion des Schiller-Theaters hat in den vier Jahren mit freundlicher Erlaubniß des Magistrats je 25 Abende im Bürgersaale des Rathhauses veranstaltet. Den einleitenden Vortrag über Goethe hält der Schriftsteller Reinhold Ortmann, am Schlusse des Abends wird Dr. Raphael Löwenfeld einige Worte über Zweck und Art der Dichter-Abende sprechen. — Im Schiller-Theater wird heute Grillparzer's Trauerspiel „Die Ahnfrau" gegeben. Um den zahlreichen Billetbestellungen für Ibsen's „Brand" nachkommen zu können, wurde der Spielplan dahin abgeändert, daß Freitag anstatt der Anfang der Woche angekündigten Vorstellung von „Ein gemachter Mann" „Brand" gegeben wird, demnach also morgen und Sonnabend in Szene geht.

Feuerbericht. Dienstag Abend 7½ Uhr hatten Charlottenstraße 50/51 Steinkohlen hinter dem Ofen Feuer gefangen, das aber gelöscht werden konnte, bevor es größere Ausdehnung erlangte. Gegen 11 Uhr war Badstr. 62 ein Kellerbrand abzulöschen. Es brannte der aus Kohlen, Lumpen, Gerümpel und Chemikalien bestehende Inhalt mehrerer Verschläge unter so enormer Rauchentwickelung, daß ein Vordringen zum Brandherde anfangs unmöglich war. Erst nachdem mehrere Wehrmänner mit Rauchhelm Athmungsapparat und Rauchschutzthüchern ausgerüstet waren, gelang es, in die Nähe des Feuers zu kommen, worauf es in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Mittwoch Mittag 11 Uhr brannten Calvinstraße 26 verschiedene Möbelstücke. Endlich war gegen 4 Uhr nachmittags Koppenstraße 54 noch ein Küchenbrand zu beseitigen, der sämmtliche dort befindlichen Küchengeräthe zerstörte.

Aus den Nachbarorten.

Weißensee. Die Stichwahl im 1. Kommunal-Wahlbezirk findet am Montag, den 28. März cr., von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr, im Schloßrestaurant statt. Die Arbeiter und Parteigenossen werden aufgefordert, auch hier ihre Pflicht zu thun, damit die Vertretung auch dieses Bezirks in unsere Hände übergeht. Kandidat ist Genosse Albert Taubmann. Desgleichen wird auf die am 26. d. M., im Schloß Weißensee stattfindende Wählerversammlung aufmerksam gemacht. Die Versammlung wird präzise 8½ Uhr eröffnet. Zahlreiche Betheiligung ist erforderlich. Das Wahlkomitee.

Eine Sistirung mit entsetzlichen Folgen erregt zur Zeit unter der Bevölkerung von Weißensee großes Aufsehen. In der Nacht zum 14. d. M. wurden verschiedene Bewohner des Hauses Langhansstr. 136 durch einen auf der Straße stattfindenden lauten Wortwechsel aus dem Schlafe geweckt. Sie sahen, daß der im Hause wohnende Buchbinder Göhlich und der Nachtwächter Frost auf der Straße standen, und daß der Beamte den Namen des Göhlich notirte. Als Göhlich dem Wächter ins Buch schaute, untersagte Frost ihm dies mit den Worten, er werde dem Göhlich „eine 'runter hauen". Der Drohung folgte bald die That, dann erklärte der Wächter den Göhlich für arretirt und führte ihn fort. Frau Göhlich, durch das Ausbleiben ihres Mannes beunruhigt, begab sich morgens gegen 6 Uhr in Begleitung eines Nachbarn nach dem Amtsbureau, um sich nach dem Schicksal ihres Mannes zu erkundigen und ihn, wenn möglich, mit nach Hause zu nehmen. Auf dem Wege, den der Wächter mit seinem Arrestanten eingeschlagen hatte, fand der Begleiter der Frau Göhlich Blutspuren. Er schloß daraus, daß Göhlich verwundet sein müsse und stellte auf dem Amtsbureau eine dahingehende Anfrage an den Gefängnißwärter. Dieser antwortete, es wäre zwar in der Nacht ein Mann eingeliefert worden, aber nicht verwundet, sondern nur schwer betrunken. Durch den ihnen gewährten Einblick in die Zelle überzeugte sich die Frau, daß ihr Mann, anscheinend schlafend, auf der Pritsche lag, während ihr Begleiter eine nicht verbundene Wunde am Kopfe Göhlich's zu bemerken glaubte. Eine Freilassung des Arrestanten konnte nicht erlangt werden, da noch kein Beamter, der darüber hätte entscheiden können, anwesend war. Gegen 9 Uhr ging Frau Göhlich nochmals aufs Amtsbureau. Ihr wurde der Bescheid gegeben, daß sie ihren Mann noch nicht mitnehmen dürfe, denn er sei noch nicht vernehmungsfähig und könne nicht eher entlassen werden, bis man ein Protokoll mit ihm aufgenommen habe. Auf wiederholtes Bitten der Frau, und nachdem sie die Personalien ihres Mannes angegeben hatte, wurde ihr der Sistirte endlich gegen 10 Uhr ausgeliefert. Er hatte eine größere Wunde am Hinterkopf, war ohne jedes Bewußtsein und körperlich so schwach, daß er sich kaum auf den Füßen halten konnte. Nachdem Frau Göhlich mit ihrem Manne eine ganz kurze Strecke zurückgelegt hatte, mußte sie die Hilfe eines vorübergehenden Arbeiters in Anspruch nehmen, da es ihr allein nicht möglich war, den zusammenbrechenden Mann weiter zu bringen. Zu Hause angekommen, wurde sofort ein Arzt gerufen; dieser erklärte zwar die Kopfwunde für nicht sehr gefährlich, konstatirte dagegen eine schwere Gehirnerschütterung. Nachdem der Kranke mehrere Tage in seiner Wohnung verpflegt worden war, ohne zur Besinnung gekommen zu sein, wurde er auf ärztlichen Rath in die Charitee übergeführt, wo er zur Zeit schwer krank und immer noch ohne klares Bewußtsein darniederliegt. Die Aerzte der Charitee halten eine Operation für nothwendig, sie erachten es jedoch für zweifelhaft, ob Göhlich jemals wieder in den vollen Besitz seiner Geisteskräfte kommen wird. Frau Göhlich ist durch diesen Vorfall begreiflicherweise der Verzweiflung nahe gebracht. Der Schlag trifft sie um so schwerer, als ihr jetzt die alleinige Sorge für ihre drei Kinder anheimfällt, und sie in nächster Zeit noch ein viertes erwartet. Gute Freunde Göhlich's bemühten sich festzustellen, wie dieser zu dem schweren Unfall gekommen ist. Sie haben mehrere glaubwürdige Zeugen gefunden, die gesehen haben wollen, daß der Wächter Frost, nachdem er mit Göhlich eine Strecke gegangen war, dem Sistirten einen Schlag versetzt habe, worauf Göhlich auf das Straßenpflaster gefallen und besinnungslos liegen geblieben sei. Dann habe der Wächter durch seine Signalpfeife einen Gendarm herbeigerufen, der, nachdem der Verletzte etwa dreiviertel Stunden auf der Straße gelegen hatte, dessen Transport mittels Handwagens nach der Wache bewirkt habe. Die Aussagen dieser Zeugen sind auf dem Amtsbureau protokollirt und die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben worden.

In Schöneberg will man baldigst ein eigenes kommunales Krankenhaus errichten. Stadtverordneter Schlick hat der Kommunalverwaltung eine entsprechende Anregung gegeben.

Ein Disziplinarverfahren ist auf Anordnung des Landraths Stubenrauch gegen die 19 Unterzeichner eines von den Zivilanwärtern der Gemeindevertretung zu Rixdorf gegen die Anstellung dreier Sekretäre aus den Kreisen der Militäranwärter unterbreiteten Einspruchs eingeleitet worden. Den Anwärtern wird zum Vorwurf gemacht, die Pflichten, die ihnen ihr Amt auferlege, verletzt zu haben und sich durch ihr Verhalten der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die ihr Beruf als Gemeindebeamte erfordere, unwürdig gezeigt zu haben.

Der Wohnungswucher in Charlottenburg. Eine Mietherversammlung fand am Dienstag Abend in Charlottenburg statt. Die in der Versammlung vom Redakteur Herrn Horn gerügten Mißstände sind besonders dadurch entstanden, daß die von Strohmännern erbauten neuen Häuser im Wege der Zwangsversteigerung von den Hypothekenbanken angekauft sind. Die Banken haben nunmehr von ihrem Rechte Gebrauch gemacht, die Miether mit vierteljährlicher Kündigung aus den Wohnungen zu setzen und die Miethen entsprechend den Miethen in Berlin zu erhöhen, d. h. um 25 bis 50, ja um 100 pCt. Die übrigen Hausbesitzer haben sich dieses Vorgehen zu nutze gemacht. Daneben wird geklagt über die unsicheren Besitzverhältnisse an vielen Häusern, sodaß die Miether nicht wissen, wer eigentlich Hauseigenthümer ist. Der Vortragende regte an, daß ebenso wie bei Geschäftslokalen auch in den Häusern der Name desjenigen angegeben werden solle, der in Wirklichkeit Eigenthümer des Hauses sei, damit die Miether wissen, an wen sie sich zu wenden haben. Auch die Fassung der von den Hausbesitzern verwendeten Miethsverträge wurde besprochen und das vom Berliner Miethverein herausgegebene Formular empfohlen.

Die Frage der Abfindung des Schöneberger Gemeindevorstehers Schmock hat am Dienstag in geheimer Sitzung abermals die Gemeindevertretung beschäftigt und zu einem seltsamen Ergebniß geführt. Der von den Anhängern des Herrn Schmock gestellte Antrag ging dahin, den letzteren am 31. d. M., mittags 12 Uhr, abzufinden, und zwar mit einer Summe von 75000 Mark. Die Forderung der Gegner dieses Antrages, die Sache öffentlich zu verhandeln, drang nicht durch. Da nun aber die konsequenten Gegner der Abfindung in der Minorität waren, weil drei der sonst ihrer kommunalen Partei angehörigen Vertreter, um den Konflikt mit Herrn Schmock aus der Welt zu schaffen, ebenfalls für die Abfindung eintraten, so verließen die ersteren, nämlich die neun Herren: Behrend, Hecht, Pannier, Müller, Haase, Rößner, Zobel, Lüdicke und Speck, vor der Abstimmung den Sitzungssaal, so daß nur noch 15 Vertreter, die Anhänger des Gemeindevorstehers: Weißmüller, Seelmeyer, Meißner, Heyne, Claus, Neumann, Albrecht, Ehrlich, Koch, Bartelt, Tischmeyer und Thölde, nebst den drei Vertretern von der „unabhängigen" Partei: Schmiel, Meike und Nordhausen, zurückblieben. Diese faßten dann, nachdem schon vorher die Höhe der Abfindung auf 50 000 bezw. 65 000 M. herabzudrücken versucht worden war, einstimmig den Beschluß, dem Gemeindevorsteher Schmock eine Abfindung von 70 000 M. zu bieten. Der Humor dabei ist aber, daß trotz der Einstimmigkeit dieses Beschlusses derselbe ungiltig ist, weil die Gemeindevertretung, nachdem die neun Gegner der Abfindung den Saal verlassen hatten, nicht mehr beschlußfähig war. Man hatte angenommen, daß, da der Gemeindevorsteher beurlaubt und einige andere Mitglieder der Körperschaft krank waren, auch bei 15 Anwesenden die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Hälfte der Vertretung vorhanden gewesen sei, während nach den gesetzlichen Bestimmungen die Hälfte der gesammten Vertretung (31), also 16, hätte zugegen sein müssen. Die Minorität hat deshalb auch bereits Einspruch gegen den Abfindungsbeschluß erhoben, und so wird denn der merkwürdige Kampf um die Abfindung oder Wiederanstellung des Gemeindevorstehers als Syndikus noch weiter seinen Fortgang nehmen. Inzwischen weilt Herr Schmock selbst nach Ablauf eines im Süden verlebten zweimonatigen Urlaubs mit weiterer Verlängerung des letzteren wieder hier, jedoch nicht in seiner Amtswohnung im Schöneberger Rathhause, sondern bei Verwandten in Berlin.

Gerichts-Zeitung.

Für einen Theil der ländlichen Arbeiter ist eine Entscheidung des Kammergerichts von größter Bedeutung. Das Gesetz, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter bedroht im § 1 das Gesinde, welches sich hartnäckigen Ungehorsam oder ebensolche Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen zu schulden kommen läßt, mit Geldstrafe bis zu fünf Thalern oder Gefängniß bis zu drei Tagen. Nach § 2c desselben Gesetzes finden die Bestimmungen des § 1 ferner Anwendung auf das Verhältniß zwischen dem Besitzer eines Landgutes oder einer anderen Acker- oder Forstwirthschaft, sowie der von ihm zur Aufsicht über die Wirthschaftsarbeiten bestellten Personen, und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirthschaftung angenommen sind (Instleute, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Kathenleute und dergleichen). Ein junger Mann namens Hellwaß wurde wegen Vergehens gegen dies Gesetz in Strafe genommen; er sollte sich bei der Arbeit widerspenstig benommen haben und dem Wirthschaftsinspektor gegenüber ungehorsam gewesen sein. Er beantragte richterliche Entscheidung und behauptete, das zitirte Gesetz vom 24. April 1854 finde auf ihn keine Anwendung. Das Schöffengericht in Bütow und das Landgericht in Stolp erkannten jedoch zu seinen ungunsten, indem sie über sein Verhältniß zu dem Arbeitgeber, einem hinterpommerschen Puttkamer, folgendes feststellten. Puttkamer hatte nicht mit dem Angeklagten, sondern nur mit dessen Mutter einen Vertrag abgeschlossen, wonach er diese als Deputantin (§ 2c) gegen Gewährung einer freien Wohnung auf dem Gute unter der Bedingung annahm, daß sie sich verpflichte, ihm ihre beiden Söhne als Hofgänger zu stellen. Den Söhnen wurde ein baarer Lohn zugesagt. Schöffengericht und Landgericht nahmen an, bei diesen, auf dem Lande nicht seltenen Beziehungen sei § 2c und damit § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 auch auf den Angeklagten anzuwenden, nicht blos auf seine Mutter. Auf seine Revision hat indessen das Kammergericht den Angeklagten freigesprochen. Es wurde begründend ausgeführt, daß die Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 2c ein unmittelbares Vertragsverhältniß zwischen dem Gutsbesitzer und dem ländlichen Arbeiter sei, auf den das Gesetz angewendet werden solle. Hier bestehe aber ein unmittelbares Vertragsverhältniß nur zwischen der Mutter des Arbeiters und dem Gutsbesitzer; O. sei deshalb freizusprechen.

Erinnerungen an die Berliner Gewerbe-Ausstellung werden durch einen Prozeß geweckt, den jetzt das Ober-Verwaltungsgericht erledigt hat. Es handelte sich um die Heranziehung der in Liquidation befindlichen Gesellschaft „Kairo" zur Lustbarkeitssteuer. Herr Hoffmann, Orts- und Amtsvorsteher von Treptow, verlangte von der Gesellschaft für jeden Tag der Ausstellungsdauer an Lustbarkeitssteuern 17,50 M., indem er die „Reitervorstellung in der Arena" mit 10 M., das Diorama „Khalifengrab" mit 1,50 M. und die Konzerte von zwei Kapellen mit je 3 M. belastete. Auf die Klage der Gesellschaft wurde diese vom Kreisausschuß insoweit von der Lustbarkeitssteuer freigestellt, als sie für das Khalifengrab und die Reitervorstellung herangezogen worden war, und das Kreis-Verwaltungsgericht erkannte ferner, daß die beiden Konzerte als eine Veranstaltung anzusehen und mit nur 3 M. täglich zu versteuern seien. Das Konzert habe mit der Lustbarkeitssteuer belegt werden können, da es keinen höheren Kunstgenuß gewährt habe; die Vorstellungen in der Arena dagegen, die ein Bild von dem Leben und Treiben der Beduinen in ihrer Heimath geben sollten, seien von höherem, wissenschaftlichen Interesse gewesen. Das Diorama könne überhaupt nicht als Lustbarkeit betrachtet werden. Der Bezirksausschuß bestätigte das Urtheil, das Ober-Verwaltungsgericht hob jedoch die Vorentscheidungen auf und verurtheilte die Gesellschaft Kairo, auch für die Reitervorstellungen und für das Khalifengrab die anfänglich festgesetzte Steuer zu zahlen, also einschließlich der 3 M. für das Konzert täglich 14,50 M.

Zu dem Kapitel von der „schwersten Strafe". Das Schöffengericht am Amtsgericht II verhandelte gestern gegen die Maurer Gaede, Scharfe und Vogt, die angeklagt waren, einige Streikbrecher bedroht und mißhandelt zu haben. Das Gericht erkannte gegen Gaede auf sechs Monate, gegen Scharfe auf drei Monate und gegen Vogt auf ein Jahr Gefängniß.

„Jacob Casanova!" rief der Gerichtsdiener vor der Thür der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Erheiterung des Publikums und des Gerichtshofes, und gleich darauf meldete er, daß „Niemand erschienen" sei. Es handelte sich um ein sogenanntes objektives Verfahren, welches seitens der Staatsanwaltschaft gegen eine neue illustrirte Ausgabe der „Memoiren Casanova's" aus dem Verlage von Alois Hynck in Prag eingeleitet war. Die Staatsanwaltschaft hatte beim Amtsgericht die Beschlagnahme der bisher erschienenen Lieferungen dieses Werkes beantragt, das Amtsgericht dem Antrage jedoch nicht stattgegeben, weil es dem Buche den Werth eines kulturhistorisch bedeutenden Quellenwerkes beilegte und auch die Illustrationen nicht als anstößig gelten ließ. Auf die seitens der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Beschwerde war die fünfte Strafkammer bezüglich des Textes der Auffassung des Amtsgerichts beigetreten, hatte jedoch einige Illustrationen für anstößig erklärt und deshalb deren Beschlagnahme verfügt. Die 3. Strafkammer hatte nunmehr über den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einziehung dieser Bilder zu befinden. Nachdem Rechtsanwalt Paul Jonas des längeren dargelegt, daß diese Bilder in keiner Beziehung Anstoß erregen könnten, wurde der Antrag der Anklagebehörde abgelehnt, das Landgericht erklärte in Uebereinstimmung mit dem Amtsgericht die Bilder für nicht anstößig und gab sie frei.

Der Rausch hat bekanntlich nach seiner Stärke und nach seinen verschiedenen Begleiterscheinungen die verschiedensten Bezeichnungen erhalten; man kann aber getrost behaupten, daß erst noch ein Kunstausdruck für den Rausch erfunden werden muß, den der Hausdiener Julius Heinsdorf bei dem Abenteuer gehabt haben muß, das ihn gestern unter der Anklage des versuchten Diebstahls vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Leute des Molkereibesitzers H. in der Wasserthorstraße lagen an einem Januar-Abend in der elften Stunde in ihrer im Hintergebäude parterre belegenen Stube im ersten Schlummer, als einer der Melker durch ein Geräusch und einen in sein Gesicht fallenden Lichtschein wach wurde. Er sah vor sich einen halb ausgekleideten Menschen, welcher mit zwei angezündeten Streichhölzern ihm in das Gesicht leuchtete und dann nach dem Kleiderspind sich hinwandte. Jetzt wurde Lärm geschlagen und da man ohne weiteres glaubte, einen dreisten Einbrecher vor sich zu haben, so stürzten sich die Insassen der Stube auf ihn und richteten ihn dermaßen zu, daß er in bejammernswerther Verfassung und mit zerschlagenem Arm auf die Sanitätswache gebracht werden mußte. Die Anklage wegen versuchten Diebstahls folgte noch. Im gestrigen Termine kam der Gerichtshof auf grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte diebische Absichten nicht verfolgt hatte, sondern wahrscheinlich infolge hochgradiger Trunkenheit einer Verwechslung der Begriffe zum Opfer gefallen war. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte vor seinem Abenteuer bei einem Bierverleger, der mit Bierabziehen beschäftigt war, zu Gaste gewesen und bei dieser Gelegenheit im edlen Gerstensaft des Weines Geist und des Broles Kraft in solchem Uebermaße genossen hatte, daß er den Schwerpunkt des eigenen Körpers nicht mehr finden konnte und, wie der Volksmund sagt, „mit den Beinen stotterte." Wie er nun in das Haus der Wasserthorstraße und in das bewußte Zimmer gekommen, konnte nicht aufgeklärt werden. Wahrscheinlich hat er das Zimmer für sein Nachtquartier angesehen, denn er hatte, wie er das allabendlich zu thun pflegt, seine Oberkleider in dem Korridor niedergelegt und dann die Streichhölzer angezündet, um den Weg zum Bett zu finden. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten, der einen so bösen Denkzettel erhalten, frei.

Versammlungen.

Von den Parteigenossen des sechsten Wahlkreises waren zum Dienstag zwei öffentliche Versammlungen für Moabit und Oranienburger Vorstadt mit der Tagesordnung: „Die Lage der arbeitenden Klassen und die Sammelpolitik" einberufen.

In der Versammlung bei Träger, Gartenstraße, referirte der Reichstags-Abgeordnete Genosse Schippel, der die Handelspolitik seit den 70er Jahren in interessanter Weise skizzirte und auf die Interessengegensätze der Agrarier und Industriellen hinwies, die der Sammelpolitik im Sinne Miquel's bedeutende Schwierigkeiten bereiten. Während die Industrie den Abschluß von festen und dauernden Handelsverträgen erstrebt und sich mit der Zoll-Autonomie und den Meistbegünstigungs-Verträgen nicht begnügt, sondern, um sich den nothwendigen Export nach dem Auslande zu sichern, auch den Verlangen der in betracht kommenden Staaten, Festlegung und Ermäßigung der Zölle auf die Agrarprodukte: zustimmen muß, haben die Agrarier das Bestreben, durch möglichst hohe Schutzzölle die Einfuhr der landwirthschaftlichen Produkte zu erschweren, um damit auch gleichzeitig eine künstliche Steigerung der Preise zu ihren gunsten herbeizuführen. Der Redner verweist auf die Opposition der Agrarier im Abgeordnetenhause gegen die von den Industriellen befürworteten Kanalbauten, auf die Gegensätze der beiden Gruppen in der Währungsfrage sowie auf eine Reihe anderer Interessengegensätze, die es nicht ausschließen, daß es sogar vielleicht noch vor den Wahlen zu einem Krach kommt. Schon der Gegenaufruf, in dem ein gemeinsames Vorgehen mit den Agrariern für unmöglich gehalten wird, beweist, obwohl die Unterzeichner desselben noch lange keine Freihändler, sondern gemäßigte Schutzzöllner sind, die aber die Interessen der Industrie vertreten, daß es an einem gemeinsamen festen Programm für die beiden Gruppen fehlt und mit der Sammelpolitik vorläufig noch schlechte Geschäfte zu machen sind. Aber wenn auch eine derartige Einigung nicht zu stande kommt und die Zusammensetzung des Reichstages die bisherige bleibt, so haben die Arbeiter dennoch zu befürchten, daß die Lebensmittel vertheuert und die Getreidezölle erhöht werden, da hierzu ja auch die gegenwärtige Majorität im Reichstage schon geneigt ist. Es ist zu erwarten, daß vor Ablauf der Handelsverträge der nächste Reichstag eine Revision der Zolltarife vornimmt und nicht ausgeschlossen, daß der Zoll auf Getreide im Generaltarif auf 7,50 bis 8 M. erhöht wird. Nachdem der Redner unter anderem auch die Nothwendigkeit der Einfuhr der Lebensmittel und den Export der Industrieprodukte mit dem Hinweis auf die Entwickelung Deutschlands zum Industriestaate erörtert hatte, giebt er der Meinung Ausdruck, daß mit dem Paroli der Sammelpolitik noch einschneidendere Maßregeln beabsichtigt werden. Es sollen die eigentlichen Produzenten, die Arbeiter noch zur größeren Ohnmacht verurtheilt werden, damit der Raubzug an der Arbeiterklasse ungehindert vorgenommen werden kann. Man will ihr das Koalitionsrecht vernichten, damit sie zur Verbesserung ihrer Lage nicht fähig und sie einfach gezwungen ist, den Hungerriemen enger zu schnüren. Mit der Aufforderung, gegen jede weitere politische und wirthschaftliche Unterdrückung Front zu machen und energisch dafür einzutreten, daß aus dem nächsten Reichstag die Schutzzollmehrheit verschwindet und an dessen Stelle die Arbeitervertreter gewählt werden, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall von den Versammelten aufgenommenen Ausführungen. Nachdem im Anschluß hieran der Genosse Freithaler noch zur regen Agitation und zum festen Zusammenschluß der Arbeiterschaft aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Im Lokale Beuffelstr. 9 referirte Genosse G. Wagner. Es sei nicht das erste Mal, führt Redner aus, daß sich die

bürgerlichen Parteien zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie sammeln, und zeigt dann weiter, wie wenig die Sammlungspolitiker die Bezeichnung „produktive Stände" für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt sind. Weiter schildert der Referent die stete Zunahme der Existenzunsicherheit des Arbeiters und an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials die Entwickelung der Produktion, Zunahme der Frauenarbeit. Die Sammlungspolitiker erstrebten auf der anderen Seite die Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Im Gegensatz zu dieser Politik muß jeder Arbeiter dafür sorgen, daß die herrschenden Klassen bei der Reichstagswahl vor der Sozialdemokratie den gebührenden Respekt bekommen. An der Diskussion betheiligten sich Krüger, Pfarr und Renfer; letzterer tadelt insbesondere, daß bei sogenannten Fabrikbällen und ähnlichen Festlichkeiten viele Arbeiter nicht den Muth haben, sich von solchen fernzuhalten, trotzdem dieselben in gesperrten Lokalen abgehalten werden. In der Pause ließ sich ein Theil der Anwesenden als Mitglieder in den Wahlverein aufnehmen. Kreep spricht seine Entrüstung darüber aus, daß seitens einzelner Polizeiorgane am 18. März die Kranzdeputationen wie Rekruten gemustert wurden, trotzdem dieselben sich durchweg musterhaft bewegt haben. Renfer fordert die Anwesenden auf, sich die Sammlungen zu den Reichstagswahlen recht angelegen sein zu lassen. Alsdann schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Schuhmacher nahmen am Dienstag in einer sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung einen Vortrag des Genossen Besching-Bremen über das Koalitionsrecht entgegen. Dann wurde über die Lage des Streiks diskutirt. Herrmann machte namens der Kommission den Vorschlag, daß die Streikenden die Forderungen hinsichtlich des Arbeitsnachweises zurückziehen, die Arbeit jedoch nur unter der Bedingung aufnehmen, daß die Fabrikanten keine Maßregelungen aus Anlaß des Streiks vornehmen, daß die Ausständigen wieder an ihre alten Plätze kommen, soweit dieselben noch nicht besetzt sind, und daß seitens des Arbeitsnachweises keine neuen Arbeitskräfte eingestellt werden, bevor die am Ausstand Betheiligten untergebracht sind. Eine Vertrauensmänner-Sitzung habe diesen Vorschlag aufgestellt und denselben folgendermaßen begründet: Bei Stellung der Forderung wegen der Betheiligung am Arbeitsnachweis habe man geglaubt, dieselbe würde keinen längeren Kampf nöthig machen. Leider hätten die Ausständigen nicht alle die erforderliche Standhaftigkeit bewiesen, denn ein Theil derselben habe die Arbeit bereits wieder aufgenommen, außerdem hätten die Fabrikanten auch neue Arbeiter gefunden, theils gelernte, theils solche, die erst angelernt werden. Die Fortsetzung des Streiks biete wenig Aussicht, denn in der Fabrik von Kallmann, sowie in einigen kleineren Betrieben seien so viele Streikbrecher vorhanden, daß die nothwendigsten Arbeiten fertig gestellt werden können, auch die Fürstenheim'schen Arbeiter, die bisher fest standen, seien wankend geworden und hätten zum theil die Arbeit wieder aufgenommen. In der Fabrik von Zandervaal hätten sich die Arbeiter sogar bereit finden lassen, einen Revers zu unterschreiben, worin sie sich von der Organisation lossagen, und bei Mauf sei jetzt die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Unter so ungünstigen Umständen den Kampf noch weiter zu führen, das wären die Forderungen, um die es sich handelt, nicht werth. Die meisten Diskussionsredner wollten von einem Aufgeben des Streiks nichts wissen. Sie meinten, die Lage sei bei weitem nicht so ungünstig, wie der Referent sie geschildert hat. Die Zahl der Streikbrecher sei nicht so groß, auch wären es fast nur ganz ungenügende Arbeitskräfte, die mehr Material verderben, als sie fertig stellen. Es fehle auch nicht an Mitteln zur Unterstützung des Streiks, und dürfe derselbe unter keinen Umständen jetzt schon für verloren erklärt werden. Andere Redner riethen dagegen zur Aufnahme der Arbeit unter den von der Kommission vorgeschlagenen Bedingungen, da dies das klügste sei, was man unter den gegenwärtigen Verhältnissen thun könne. Die Mehrheit der Versammlung stimmte einem von König gestellten Antrage zu, welcher sich für Fortsetzung des Streiks erklärt. Der Agitationskommission wurde ein Antrag unterbreitet, der dieselbe ersucht, bei der Preßkommission des „Vorwärts" dahin zu wirken, daß die Inserate der Schuhfabriken nicht mehr im „Vorwärts" aufgenommen werden.

Eine öffentliche Versammlung der Hutmacher und der in der Filzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 22. März bei Gründel in der Brunnenstraße. Einleitend referirte Genosse Faber unter Beifall der Versammelten über: „Staats- und Volksgefährlichkeit des modernen Kapitals." Hiernach gab Böhm in seiner Eigenschaft als Delegirter der Gewerkschaftskommission seinen Bericht über die Thätigkeit derselben und über seine Stellung zu den verschiedenen dortselbst erörterten Angelegenheiten und gefaßten Beschlüssen. Böhm wurde darauf wieder als Vertreter in die Gewerkschaftskommission delegirt. Nachdem von einigen Rednern, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl, an die Versammelten die Aufforderung zur regen Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten ergangen war, gab der Vorsitzende bekannt, daß am Dienstag, den 29. März, eine Mitgliederversammlung bei Kölling stattfindet, zu der das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder dringend erforderlich sei.

Eine geschlossene Mitgliederversammlung des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes tagte am 21. März in den Arminhallen. Eingangs referirte Timm über „Historisches aus der Schneiderbewegung". Für das Amt eines Bureaubeamten, dessen Neubesetzung sich durch die Uebersiedelung Timm's nach München nothwendig macht, wurde der Kollege Stubbe gewählt. Die Besoldung des Postens wurde von der Versammlung einstimmig mit 36 Mark beschlossen. Den bisher von Timm innegehabten Verbandskassirer-Posten übertrug die Versammlung dem Kollegen Haase und sprach ihm eine Entschädigung von vierteljährlich 20 M. zu.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Sonnabend, den 19. März, nachdem der Vorsitzende in warmen Worten der Märzgefallenen gedacht hatte, der Augenarzt Herr Dr. Wurm einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die erste Hilfe bei Verletzungen und Erkrankungen der Augen." Unter Vereinsangelegenheiten wurde den Kollegen seitens der Agitationskommission aufgegeben, dahin zu wirken, daß bei den Werkstattsitzungen auch sämmtliche eingeladenen Kollegen erscheinen. Zum Schluß machte Kollege Arendt noch auf die in kommender Woche stattfindende öffentliche Versammlung behufs Wahl zweier Delegirten zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften aufmerksam.

Die Vergolder hielten am 21. d. M. ihre Mitgliederversammlung ab und gedachten bei der Eröffnung derselben der Märzgefallenen. Alsdann hielt der prakt. Naturheilkundige Grundmann einen Projektions-Vortrag. Unter Verschiedenem wurden den streikenden Brandenburger Goldleisten-Arbeitern 200 Mark aus der Filialkasse bewilligt.

In der Versammlung der Möbelpolirer der Filiale Osten hielt Kollege Stramm einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Bei der darauf folgenden Wahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Mit einem Hinweis auf die über vier Wochen im selben Lokal stattfindende öffentliche Versammlung erfolgte Schluß der Versammlung.

Cöpenick. Die hiesigen Färberei-Arbeiter hielten am 20. d. M. eine Versammlung ab, in der Genosse Hübner über Zweck und Nutzen der Organisation sprach. Sodann wurde Gosemärker zum Vertrauensmann gewählt. Scharfe Kritik wurde an dem Benehmen der Gebr. Mengers, Velvet-Fabrik, geübt.

Zentralverband der Konditoren. Heute, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29 (unterer Saal): Wanderversammlung. Vortrag des Genossen Joh. Sassenbach über: „Gewerkschaften und Sozialdemokratie."

Briefkasten der Redaktion.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden am Donnerstag, den 24. d. M., und am Sonnabend, den 26. d. M., von 6 Uhr abends ab statt.

Peter. Schrauben zum Festschrauben der Camera auf das Stativ.

G. K. Es giebt so viele Systeme, ihre Wirkung ist so verschieden, daß die Frage sich nicht in Kürze beantworten läßt.

E. P. 1. Die Vornahme der Ersatzwahl ist richtig. Nur ein Drittel der Gemeindevertreter scheidet nach sechs Jahren aus. 2. Berlin W. Steglitzerstr. 55.

Witterungsübersicht vom 23. März 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspieg.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius 5°C. = 4°R.
Swinemünde	755	W	5	bedeckt	4
Hamburg	756	WSW	3	bedeckt	4
Berlin	757	WNW	3	Regen	3
Wiesbaden	760	N	2	heiter	1
München	759	O	2	wolkenlos	—0
Wien	760	WNW	1	bedeckt	2
Haparanda	757	NO	4	halb bedeckt	—5
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	763	WNW	4	wolkig	9
Aberdeen	760	NNO	6	wolkig	6
Paris	762	NNO	2	Dunst	—0

Wetter-Prognose für Donnerstag, 24. März 1898. Ziemlich trübe mit Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden, Temperatur wenig verändert.

Donnerstag den 24. März

Tischtücher, gesäumt, Grösse ca. 130/170 cm 1,75 Mk.

Handtücher, Gerstenkorn, Reinleinen mit roter Kante, gesäumt, Dtz. 5 Mk.

Servietten, Grösse ca. 65/65 cm, gesäumt, Dtz. 4 Mk.

Wischtücher, Reinleinen, gesäumt, Dtz. 2,90 u. 3,80 Mk.

Taschentücher Reinleinen, weiss mit bunter Kante, Dtz. 2,80 Mk. Reinleinen, weiss, Dtz. 4,30 u. 4,80 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Gelegenheits-Käufe. Wer will Geld sparen, dem biete ich die günstigste Gelegenheit. Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich:
Hocheleg. Herren-Sommer-Paletots . . von 9,75 M. an
Hochf. Rock- und Jaquet-Anzüge . . . von 12,50 M. an
Herren-Hosen . . von 2,75 M. an
Kellner-Hosen, Westen und Jaquets . . . von 4,75 M. an
Leder- u. Arbeits-Hosen zu 2,35 M.
Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Stockflinten, Harmonika's, Geigen, Zithern, Reißzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 4588L*
Gustav Lucke,
Berlin, Oranienstraße 131.

Niest's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. fassd., Sonnabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag frei. [4450L*

Möbel.
Passende Gelegenheit für Brautleute: Schützenstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrschaftlich 500 bis 2000 M., Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderspind, Vertikow 35, Bettstellen, Federboden, Keilkissen 25, Sophas 35, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenspind 18, Paneelsophas 80, Trumeaux 50, Coulissentische, Buffets, Salongarnitur 75 an, Schreibtische, Garderobenspind, Chaiselongue. Niemand sollte versäumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überführen. Theilzahl. gestattet.

Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision Tapeten
Must. grat. u. franko H. Rulfs, Einbeck in Hann.

Prompt durch Erich Peters Civ.-Ingenieur Berlin SW 73, Mittenwalderstr. 14.
Patente

Künstl. Zähne gegen bequemste billigste Theilzahlung. Schmerzlose Zahnoperationen. Elsasserstr. 92 (Rosenth. Th.) Sprechstd. Werktags 9—12, 3—5 Zahnatelier Harod, ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart rc.

Knaben-Anzüge in einfacher u. eleganter Ausführung
Knaben-Paletots, Einzelne Hosen, Einzelne Blusen
für das Alter v. 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Größte Auswahl. Billigste Preise. Flicken gratis.
Karl Hustädt,
Berlin O., Koppenstr. 85 pt.
am Schlesischen Bahnh.

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 4055L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Möbel-Verkauf.
Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Goldabfälle.
Gold, Silber, Kehrgold, Tressen, Platin u. Brillanten kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. [4477L*

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie Gratiszusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden-N. 7. 14/6*

Billig! Reste z. Anzügen! Knabenanzüge, Mädchenkleider sehr preiswerth. O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

„Vorwärts", Jahrg. 1892—95, zu verk. Schubert, Katzbachstr. 5.

Grünkram-Geschäft mit Vorkost u. Rolle, zu verk. Blumenstr. 60.

Herren-Anzüge v. 36, Paletots v. 30 M. fert. Busse, Charlottenstr. 72, IV.

Mein seit 1894 bestehendes 2531b
Zigarren-Geschäft
ist billig aber baar zu verkaufen.
A. Hoffmann's Verl., Blumenstr. 14.

Möbel auf Theilzahlung.
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause. Tischlermeister, [4048L*
Bukow, Invaliden-Straße 13.

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 4550L*
H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

Arbeitsmarkt.

Farbigmacher u. Einpacker verl. Stallschreiberstr. 18. 2537b

Redakteur,
für ein täglich erscheinendes Parteiblatt, selbständige, leitende Kraft, zur Aushilfe auf 3 Monate (1. April bis 30. Juni) gesucht. Rednerische Gewandtheit sehr erwünscht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Beifügung von Referenzen sofort unter Chiffre T. 2 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten.

Schriftmaler, Glasschleifer
sofort gesucht.
Gebr. Rudolph, Thaerstr. 5.

Monogramm-Stickerei beschäftigt dauernd geübte Kräfte sowie Lehrfräulein. Kronstin, Roßstr. 5.

Einen tüchtigen
Barockvergolder
sowie einen tüchtigen Farbigmacher, welcher seine Kanten selbst machen kann, verlangt 2536b
Goldleistenfabr. Dresdenerstr. 38.

Arbeitsbursche gesucht. 2523b
Steinmey Nicolai, Müllerstr. 144.

Packer verl. Vergolderei Kretschmann, Köpnickerstr. 100a. 2524b

Plätterinnen auf Stehkragen, Umlegekragen und Manschetten in und außer dem Hause verlangt Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 24. März.

Opernhaus. Tannhäuser. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches. Hannele's Himmelfahrt. Vorher: Die Geschwister. Anfang 7½ Uhr.

Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.

Berliner. Lenore. Anfang 7½ Uhr.

Residenz. Sein Trick. Vorher: Sascha. Anfang 7 Uhr.

Neues. Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.

Goethe. Das Opferlamm. Anfang 7½ Uhr.

Thalia. Die kleine Schlange. Vorher: Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr.

Schiller. Die Ahnfrau. Anfang 8 Uhr.

Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.

Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.

Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.

Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Passage-Panopticum. Berliner Nachtleben.

American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Brand.**

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Brand.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**

Ausstattungs-Novität! Sens. Novität!

Unter der Polarsonne.

Aktuelles Ausstattungsstück m. Gesang u. Tanz in 5 Bildern von E. Sondermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. F. Schüler.

Anfang 7½ Uhr.

Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: **Frei-Konzert.**

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Manuela, das böse Fräulein.** Schauspiel von Kneisel.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.

Direktion Richard Schultz.

Donnerstag, den 24. März 1898:

Emil Thomas a. G.

Zum 64. Male:

Die Tugendfalle.

Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.

Anfang ½8 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage: **Die Tugendfalle.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.

Novität! Abends 8 Uhr: Novität!

Zum **25.** Male:

Die Stütze der Hausfrau.

Posse mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause.

Toni Klein: Anna Müller-Lincke.

Freitag: **Dieselbe Vorstellung.**

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Volks-Vorstellung.** Regie: **J. Türk.**

Wilhelm Tell.

Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

Schluss der Saison 6. April.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).

Donnerstag, den 24. März 1898, abends 7½ Uhr:

Reiter-Gala-Vorstellung.

Gr. Reiterinnen-Potpourri a) Abtnte. **Antoinette,** Parforcereiterin. b) Geschw. **Powell,** Pas de deux. c) Voltige von **H. Biennow.** Die vorzügl. Freiheitsdress. d. Dir. **Busch.** Gr. Schulquadrille à la Musketier. Amateur-Konkurrenz-Reiten. Wer dreimal die Bahn stehend zu Pferde umreitet, erhält **eine Prämie von 50 Mark.** Kavallerie zu Fuß, höchst kom. Intermezzo.

Zaragoza.

Orig. Manöge-Schaust. d. Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weibl. Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Alt.

Morgen 7½ Uhr: **Humorist. Abend.**

Sonnabend, 26. März. Benefiz für den beliebten Klown Boganowski. Auf vielf. an m. ergang. Gesuche habe ich mich entschlossen, am **Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr,** den einzig dastehenden pompösen **grünen Alt** mit d. brennend. Schloß zu geben.

Urania

Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —

Invalidenstr. No. 57–62.

Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschläge

Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!

Berliner Nachtleben

Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz

Vorher:

Theater Variété.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

Neu!! Indisch-hindustanische **Gaukler** — und — **Schlangen-Beschwörer.**

Das **BÄRENWEIB.**

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77

Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.

Nur Kunstkräfte.

Lola, Juanita u. Fuesanta Bernal, Spanien's schönste Sängerinnen und Tänzerinnen.

Susi Suzette, eine reizende Kostüm-Soubrette.

Rossini-Trio, das musikalisch-excentrische Dreigestirn.

Harry Allister, der grösste Mimiker.

Die Herkulesse der Neuzeit **Bros. Paxton.**

Karl Wilhelm, ein zweiter Reutter-Maxstädt.

Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen-Tunnel:

Täglich: Doppel-Konzert und Soirée.

Heute: **Bockbierfest.**

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand Hotel Alexanderplatz.

Des **großen Erfolges** wegen noch einige Tage:

Der Lumpenball.

Pinke: Leonhardu Haskel.

Grosses Spezialitäten-Programm.

Anton Sattler.

Lola Carlsen, Max Walden, Adelina Zeth etc.

Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.

In Vorbereitung: **Der Mord am Alexanderplatz** und **König Heinrich** (Possen).

Renn-Programm.

Internat. Sportsaison

Jockey-Hinderniss-Reiten.

Engl. Ringelstechen

Damen-Wettlaufen

Amerik. Dreibeinlaufen

Rad-Wettfahren

Damen-Tauziehen

Deutschland geg. England jeden Abend bis zur Entscheidung in

Bolossy Kiralfy's Konstantinopel

Neues

Olympia-Riesen-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse

The jolly british girls und das neue **März-Spezialitäten-Programm**

Anfang 8 Uhr.

Beginn d. Rennen 8¾ Uhr.

Sonntag 2 Vorstellungen.

Nachm. 1 Kind frei.

Budapester

Possen- und Operetten-Theater

Kaufmann's Variété

Direktion: **Gebr. Herrnfeld.**

Heute und folgende Tage:

Der an Sprühfeuer von Witz und Komik einzig dastehende **Donat u. Anton Herrnfeld'sche** Schwank

Von Dreien der Glücklichste

Vorher das brillante März-Spezialitäten-Programm.

Professor Robert, Wienecke's, Forré, Fischer, Elsa Ancion etc.

Neu! Die aus 8 Pers. bestehende Russische Gesangs- und Tanz-Truppe **Neu!**

„Original Samarowa" zum ersten Mal in Deutschland.

Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonntag, den 27. März 1898:

Grosse März-Feier

in Keller's Festsälen, Koppenstrasse No. 29.

Vokal- und Instrumental-Konzert

Gesangs-Aufführungen. — Vorträge ernsten und heiteren Inhalts.

Anfang 4 Uhr. **Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.**

215/4 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, 25. März, abds. 8 Uhr, im Louisenst. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

Unsere Forderung für das Jahr 1898 und wie können wir dieselbe am besten durchführen?

Im Interesse der gesammten Kollegenschaft muß es liegen, diese Versammlung zu besuchen.

131/20 **Die Lohnkommission.**

Feen-Palast

Burgstrasse 22.

Wiener Zoologisch. Garten

Aschanti-Dorf

Javaner-Dorf

Geöffnet von 11–10 Uhr.

Vorstellungen stündlich 2–9

Entree **50** Pf.

Kinder und Militär 25 Pf.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.

Emilia Persico

Ida Heath. Fischer & Wacker.

Signor Salerno.

Bonhaire-Troupe

etc. etc. etc.

Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant

97. Dresdener-Straße 97.

Unser modernes Berlin.

Volksstück mit Gesang in 4 Bildern von L. Elv.

Hauptrollen: **Ella Richter. Robert Dill. Grete Castoni. Rudolf Schauss. Klara Hayn. Otto Wendt.**

Im vorderen Saale:

Tyroler Sänger Alois Ebner.

Freitag, den 1. April: Benefiz Rudolf Schauss.

Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.

Täglich:

Theater und Spezialitäten.

Novitäten-Programm.

Reiseabenteuer Schwank | **Der Mormone** Posse.

Hanny Nelson, Origen-Tyrolienne. | **Marg. Nasadowska** Kostümsoubrette.

Miss Olga, Equilibristin.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Avis! Donnerstag, den 24. März: **Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung** für den beliebten Konzertsänger **Franz Romberg.**

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.

Heute und folgende Tage: Auftreten des

Direktors Richard Winkler.

Im Wartesalon 1. Klasse.

Ernst von Wallbach: Richard Winkler

Dazu das erfolgreiche Riesen-Märzprogramm. 5 neue kolossale Schaunummern.

Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. **Mr. Alexandro Selino,** der Mann mit der eisernen Haut. Das größte Wunder der Welt! **Theodor Silling,** Parforce-Turner am festen Reck. **Lebende Photographien** in höchster Vollendung.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Entree 30 Pf.

Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Giltigkeit.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48

Täglich:

Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

In Zossen.

Fortsetzung von: **Alle 5 Barrisons.**

Sonnabend, 26. März: Zum **225.** Male:

Alle 5 Barrisons.

Montag, den 28. März:

Benefiz für Heinr. Führmann.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 27. März, nachmittags 6 Uhr,

im **„Kösliner Hof", Kösliner-Straße Nr. 8:**

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Th. Metzner** über: „Der Frühling vor 50 Jahren und jetzt." 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein 219/9

Der Vertrauensmann.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Verband der Korbmacher Berlins

und Umgegend.

Mittwoch, den 30. März, abends 8½ Uhr. Oranienstraße 51:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Auflösung des Lokalverbandes und Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband. — 2. Verbandsangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. — Der wichtigen Sache wegen ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich. 98/1

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 27. März 1898, abends 7 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstrasse 20:

Vortrag von Frau Lily Braun über: „Die Entstehung der Frauenfrage".

Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**

Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.

Der zum 7. Stiftungsfest von Ernst Preczang verfasste, mit grossem Beifall aufgenommene **Prolog** mit Programm und Liedertexten ist in dieser Versammlung à 10 Pf., **Leitfaden zur theoretischen Nationalökonomie** von Dr. Conr. Schmidt à 5 Pf. zu haben; ebenso Billets à 20 Pf. zu dem am Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr 29, stattfindenden Vortrag des Herrn **Dr. Wilh. Meyer** (früher Direktor der „Urania") über **„Die Reise nach Spitzbergen"** mit zahlreichen Lichtbildern. 4/16

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Sonntag, 27. März, in „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39:

Konzert und Theater-Vorstellung

zum Besten des Reichstagswahl-Fonds

ausgeführt von der **Freien Gauklerbande Charlottenburgs.**

Zur Aufführung gelangen:

1. **Der Küchendragoner.** 2. **Der Weg durch's Fenster.**

Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Theaters 6 Uhr Entree 30 Pfg.

Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Frauenleiden.

Lichtbilder-Vortrag vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann

morgen, Freitag, den 25. März, abds. 8½ Uhr, bei Höhring, Admiralstraße 18c.

Frauen als Gäste willkommen Eintritt 20 Pfennig

Der Vorstand des Vereins für Körper- und Naturheilkunde, Alexanderstr. 8.

Sprechzeit von 11–1 u. 6–8. Sonntags von 11–12

Keine Scheinwerkstätten!

Möbeltischlerei

für 4451L*

Wohnungs-Einrichtungen.

Direkter Verkauf an das Privatpublikum.

G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,

Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenerstraße. am Oranienplatz.

Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.

Katalogo franko!

S. Neumann's Central-Bazar

62. Andreasstrasse 62.

Am **Donnerstag, den 24. März,** eröffne ich in der

Münzstrasse 20 (Ecke Kaiser-Wilhelmstrasse)

ein **zweites Geschäft,** bestehend in **Glas-, Porzellan-, Emaille-, Kurz-, Galanterie-** und **Lederwaaren** und werde mich bemühen, durch **gute, preiswerthe Waare** mir das **Wohlwollen der werthen Kundschaft** zu erwerben. 4647L*

Die Möbel-Fabrik

Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2

(früher Rosenthalerstr 13)

liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehener gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb [4439L*

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [4643L*

Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Milchkübel, Kannen, Satten, Buttermaschinen 445L* **Jordan,** St. Marktusstr. 28.

Künstliche Zähne. **F. Stessens,** Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Die Geburt eines Sohnes zeigen an

J. Wernau nebst **Frau.**

Unserem Durststiller

Wilhelm Merker

aus der Bergstraße Nr. 10 zu seinem 47. Geburtstage unsere aufrichtige Gratulation. Damit hast Du nun Deine Gratulation weg. **Rech.**

2526b **Deine alten Stammgäste.**

Die Verlobung meiner Tochter **Helene Schönberg** mit Herrn **Bernhardt Strehblow** erkläre ich hiermit für aufgehoben. 2527b

Rixdorf, den 22. März 1898.

Adolf Schönberg, Tischler.

Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß am Montag der Schriftsetzer

Johannes Otto

einem Schlaganfall erlegen ist.

Mehrere Kollegen.

Die Beerdigung findet **heute, Donnerstag,** nachm 4½ Uhr, auf dem Dorotheenstädt. Kirchhof in Weinickendorf, Scharnweberstr. 1 u. 2, statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Putzer

Fritz Henkel

im Alter von 44 Jahren seinen Leiden infolge Operation am Dienstag früh 3 Uhr erlegen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, 27. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle d. Michaelis-Kirchhofes, Hermannstr. 136, aus statt.

Um stilles Beileid bitten

Die Hinterbliebenen

Wittwe **Anna Henkel** geb. Fischer und Kinder. 2532b

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des **Sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Wahlkreis (Süd-Ost)** zur Nachricht, daß der Genosse 242/3

Fritz Henkel

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaelis-Kirchhofes (Hermannstr. 136) aus statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentralverband der Maurer Deutschl. u. verw. Berufsgen.

Zahlstelle Berlin I **(Putzer).**

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Putzer 134/11

Fritz Henkel

am 22. März verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaelis-Kirchhofes, Hermannstr. 136, Rixdorf, aus statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Die örtl. Verwaltung.**

Der Gesangverein „Gemüthlichkeit" wird ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.

Am Dienstag früh 3 Uhr verstarb infolge einer Operation ganz unerwartet unser lieber Sangesbruder

Fritz Henkel

im Alter von 44 Jahren. Wir verlieren in demselben ein tüchtiges und braves Mitglied, welches 16 Jahre in unserer Mitte weilte und werden wir ihm stets ein gutes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am 27. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Michaelis-Kirchhofes, Hermannstraße 136, aus statt.

Der Gesangverein „Männerchor St. Urban". 2533b

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

Berlin B.

Am 20. März verstarb unser langjähriges Mitglied 2522b

Friedrich Blasse.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. März, nachm. ½3 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt.

Die Ortsverwaltung Berlin B.

J. A.: A. Hoffleisch, Bevollmächtigter.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben, guten Mannes, des Schlossers **Heinrich Kude,** sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders der Firma Michele u. Bachmann, d. Wagenbauerkasse u. dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.

Die unglückliche, trauernde Wittwe. 2534b

Allgemeine Sterbekasse für Männer u. Frauen zu Berlin (ehemalige Sterbekasse der Maschinenbau-Arbeiter 2c.)

Sonntag, 27. März 1898, vormittags 10 Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72:

Ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht der Revisoren.
3. Anträge von Mitgliedern. Aenderung der §§ 7, 16, 18, 19, 20, 21, 22, 35, 36.
4. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern und drei Revisoren.
5. Verschiedenes. 2529b

Das Quittungsbuch resp Quittung der Sterbekasse legitimirt.

Berlin, im Februar 1898.

Der Vorstand.

Th. Heese, Vorsitzender, Hirtenstr. 6.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Gr. Extra-Theatervorstellung

Die Erbschleicherin

oder: **Unser Tabiuchen.**

Schwank in 4 Akten von C. Paul.

Nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.